Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Bezugspreis frei Haus monatlich 11 Mk. Durch die Post monatl. 11 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Verlag u. Geschäftsstelle: Lerchenfeldstr. 14 Fernruf 1047. Geöffnet 7—5 Uhr. Schriftleitung: Fernruf 1045. Sprechzeit 12—1 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 100 Pf. für den Millimeter Höhe und Spalte; 500 Pf. für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten, größere tags vorher. — Postscheckkonto: Leipzig 1065 48, Fritz Kroß, Halle

Einzelpreis 50 Pf. | **Montag, den 27. Februar 1922** | **2. Jahrgang. Nr. 49**

Das Ergebnis von Boulogne

Vollendete Tatsachen in Genua — An der Erpresserpolitik wird festgehalten — Englisch-französische Einheitsfront

WTB. Paris, 26. Februar. Nach Schluß der gestrigen Konferenz in Boulogne wurde ein französisches Kommuniqué ausgegeben, in dem es heißt: Lloyd George und Poincaré hatten heute in Boulogne sur Mer eine Unterredung von mehr als drei Stunden, in der eine Anzahl augenblicklich unter den Alliierten aufgerollter Probleme besprochen wurde. Insbesondere haben sich beide Premierminister mit der Genueser Konferenz beschäftigt und es wurde völlige Einmütigkeit darüber erzielt, **daß weder den Prärogativen des Völkerbundes, noch den in Frankreich nach dem Frieden unterzeichneten Verträgen, noch den Rechten der Alliierten auf Reparationen Abbruch getan werden dürfe.** In London werden in kürzester Zeit Sachverständige zusammenkommen, die die wirtschaftlichen und technischen Fragen prüfen werden. Die italienische Regierung wird ersucht, die Konferenz von Genua auf den 10. April zusammenzuberufen. In dem Kommuniqué wird betont, Lloyd George und Poincaré hätten sich in sehr freundschaftlicher Weise verständigt. Sie hätten sich überzeugt, daß keine Schwierigkeiten politischer Art die beiden Nationen daran hindern werden, im Geiste gegenseitigen Vertrauens an der Wiederherstellung Europas zu arbeiten.

*

WTB. Paris, 26 Februar. **Der Sonderberichterstatter der „Agenne Havas" berichtet zur Boulogner Zusammenkunft, die Genueser Konferenz werde die in Frankreich seit dem Frieden unterzeichneten Verträge nicht mehr in Frage stellen können. Auch den Ansprüchen der Alliierten auf die Reparationen könne die Konferenz keinen Abbruch tun.** Die Rechte des Völkerbundes sollen in Genua eingeschränkt werden. Die Konferenz solle mit dem Völkerbunde nicht in Wettbewerb treten. Nach dem „Matin" soll Frankreich völlig geneigt sein, Deutschland und später auch Sowjet-Rußland zum Völkerbunde zuzulassen. Die Sowjetregierung könne aus der Tatsache ihrer Zulassung in Genua ihre Anerkennung als Regierung nicht folgern. Jede Regierun behalte sich nach dieser Richtung volle Handlungsfreiheit vor. Die **bolschewistische Regierung müsse die Staatsanleihen der vorausgegangenen Regierungen übernehmen.** Die Frage der europäischen Abrüstung werde in Genua nicht gestellt werden. In Boulogne seien die beiden Ministerpräsidenten wegen der Kürze der Zeit in eine eingehende Verhandlung nicht eingetreten. Anscheinend werde nun eine einfache Angleichung genügen, um den französischen und den englischen Standpunkt in Einklang zu bringen. Die beiden Ministerpräsidenten seien zu dem Schlusse gekommen, daß **eine Einheitsfront Frankreichs und Englands in Genua unerläßlich sei,** um den Erfolg dieses Programms für den Wiederaufbau und die Gewährleistung des Friedens sicherzustellen, an dem Frankreich ebenso wirkungsvoll mitarbeiten wolle wie die anderen europäischen Mächte.

*

Das Ergebnis der friedfertigen Unterhaltung zwischen Lloyd George und Poincaré in Boulogne läßt bereits das Resultat der auf den 10. April angesetzten Konferenz in Genua erkennen. Die „siegreichen" Ausbeuterstaaten Frankreich und England haben es vorgezogen, die zwischen ihnen bestehenden Gegensätze noch einmal zu überbrücken und gegenüber den auszubeutenden Staaten, besonders Deutschland und Rußland, eine Einheitsfront herzustellen. Es ist wahrscheinlich, daß diese englisch-französische Einheitsfront auch die Konferenz in Genua beherrschen wird, wenn man allerdings bei dem dauernden Krisenzustand, in dem sich die Entente befindet, auf Ueberraschungen und auf ein Auseinanderfallen der Koalition gefaßt sein muß. Das Ergebnis der Vorbesprechung in Boulogne ist, in zwei Worten gesagt, folgendes: **die Alliierten wollen auf ihre Erpresserpolitik gegenüber Deutschland nicht verzichten. Sie bauen weiter auf die treuen Sklavendienste der Regierung Wirth, die aus dem Mark der deutschen Arbeiterschaft die Reparationsforderungen herausschinden wird.**

Die Hauptfront der Ausbeuterstaaten wird aber gegen Rußland herausgekehrt.

Es scheint, als wenn die Befürchtungen der „Pravda", daß man Rußland in Genua vor vollendete Tatsachen stellen will, sich bestätigen. Die Alliierten inszenieren ein allgemeines Kesseltreiben gegen Sowjet-Rußland, um die Bezahlung der Schulden der vorausgegangenen Regierungen zu erzwingen. Die Anerkennung der Sowjetregierung aber wird versagt. Bezeichnend ist, daß man in Genua die Abrüstungsfrage gar nicht erst anschneiden will. Das scheint ein besonderer Sieg der französischen Interventionisten zu sein, die nach wie vor rüsten und Pläne schmieden, um das rote Rußland militärisch auf das Knie zu zwingen. Aber sowohl die Hinterlist wie die brutale Gewalt der kapitalistischen Räuberstaaten wird an dem Widerstand Rußlands scheitern, das sich unter diesen Umständen nochmals überlegen wird, an der Konferenz in Genua überhaupt teilzunehmen.

An der deutschen Arbeiterschaft liegt es, eine Regierung in Deutschland zu erkämpfen, die gemeinsam mit Rußland die Front der Werktätigen gegen den internationalen Kapitalismus aufrichtet.

*

Weltkonferenz der 3. Internationale

Die erweiterte Sitzung des Exekutivkomitees

Der 2. Verhandlungstag

Moskau, 24. Februar. In der Sitzung der erweiterten Exekutive am 23. Februar wurde die Aussprache über die Lage der Kommunistischen Parteien fortgesetzt.

Karr erstattete Bericht über die Kommunistische Partei Amerikas. Die amerikanische Partei bestehe aus 23 verschiedenen nationalen Gruppen, die zu einer festen zentralisierten und gut disziplinierten Partei vereinigt sind.

Antonowicz sprach im Namen der Kommunistischen Partei Polens. Polen mache jetzt trotz des scheinbaren Aufschwungs der Industrie eine schwere Krise durch. In politischer Hinsicht segelt Polen im Fahrwasser der Reaktion. Die Kommunistische Partei erobert sich die Sympathien immer weiterer Kreise des Proletariats.

Alle Kommunistischen Zeitungen werden verboten. Die Gefängnisse sind überfüllt, ein Ausnahmegesetz gegen die Kommunisten wurde vorbereitet. Nichtsdestoweniger ist die Kommunistische Partei Polens im Wachstum begriffen.

Kolarew, der Sekretär der Kommunistischen Parteiorganisationen der Balkanländer, sprach im Namen der Kommunistischen Balkanföderation. Er verbreitete sich ausführlich über die auf dem Balkan herrschenden Ausnahmegesetze und brachte umfassendes Material über das Wüten des Weißen Terrors in Jugoslawien und Rumänien. Trotz aller Verfolgungen wachsen die Kommunistischen Parteien in den Balkanländern. Die jugoslawische Regierung ging so weit, den Wrangelsoldaten das Wahlrecht zu gewähren. Die Kommunistische Partei habe zugunsten der Hungernden in Rußland eine großzügige Kampagne organisiert und 4 Millionen Mark gesammelt.

Das Exekutivkomitee an die Rote Armee

Moskau, 24. Februar. Die erweiterte Sitzung der Kommunistischen Internationale hat aus Anlaß des vierten Jahrestages des Bestehens der Roten Armee an diese eine Adresse gerichtet, in der sie der erweiterten Exekutive der Roten Armee die herzlichsten Glückwünsche ausspricht. Die erweiterte Exekutive gedenkt voll Stolz der Heldentaten der Roten Armee und betont, daß zum erstenmal in der Geschichte die arbeitenden Massen die Siege einer Armee als eigene Siege betrachten können.

KPD. und USP. für die Rückforderung der spanischen Revolutionäre

Ein Antrag im Landtag

Nachdem gestern im Reichstag ein dringlicher Antrag der Kommunisten auf sofortigen Eintritt in die Besprechung über die Auslieferung der Mörder Dato an die spanische Regierung abgelehnt worden ist, haben nunmehr die Kommunisten und die unabhängigen Sozialdemokraten des Preußischen Landtages folgenden gemeinsamen Antrag Scholem-Klodt eingebracht:

Das Preußische Staatsministerium hat, obgleich es dazu nicht verpflichtet war, die fälschlich des Mordes an dem spanischen Ministerpräsidenten Dato beschuldigten spanischen Staatsangehörigen Luis Nicolau Fort und Lucie Jcaquina Concepcion ausgeliefert. Das Staatsministerium hat sich dadurch einer schweren Verletzung des internationalen Gastrechts schuldig gemacht und sich zu Helfershelfern der spanischen Mordjustiz degradiert. Der Landtag wolle beschließen: Die Spanier Fort und Concepcion sind, wo sie sich zurzeit auch aufhalten mögen, zurückzufordern. Sie sind nach erfolgter Rücklieferung sofort auf freiem Fuß zu setzen.

*

Diese Forderung ist die Forderung der gesamten Arbeiterschaft. Alle Arbeiterorganisationen müssen gezwungen werden, sich für ihre Durchführung einzusetzen. Die Arbeiterschaft muß die Schmach wieder gutmachen, sonst bleibt die Schande auf ihr sitzen.

Vor allem haben jetzt die Sozialdemokraten im Landtag Gelegenheit, zu zeigen, ob sie ein wenig mehr proletarisches Solidaritätsempfinden besitzen als ihre Parteigenossen Severing und Radbruch.

Neue industrielle Krise in England

London, 27. Februar. Observer berichtet, daß eine neue industrielle Krise droht. Der Verband der Arbeitgeber der Maschinenindustrie hat die allgemeine Aussperrung für den 11. März angesagt. Es bestehe die Gefahr, daß es auch in der Schiffsbauindustrie infolge Lohnstreitigkeiten zu einer Aussperrung kommen würde.

Die Bewegung der Eisenbahner

Der Hauptvorstand des DEV. besteht auf seinem Spaltungsbeschluß

Die gestern stattgefundene Generalversammlung des Deutschen Eisenbahnerverbandes, Gruppe Berlin, begann und endete mit einer Sensation. **Der bisherige erste Bevollmächtige, Willi Schulz, entpuppte sich als Denunziant.** Nach einem Bericht des 2. Bevollmächtigten wurde der Ausschluß des Kollegen Linke (KPD.) auf Veranlassung von Willi Schulz vorgenommen. Willi Schulz hat den Hauptvorstand das Verbrechen abgegeben, die Maßnahmen des Hauptvorstandes zu unterstützen, und mit seiner beabsichtigten Versetzung war er einverstanden. (!) Der Versammlung wohnte der Hauptvorsitzende Scheffel bei, der in längeren Ausführungen den Standpunkt des Hauptvorstandes darlegte. Scheffel erklärte, daß der Hauptvorstand an seinen Beschlüssen unbedingt festhalten müsse da sonst an eine Gesundung der Organisation nicht zu denken sei. Die Einsetzung eines Bezirksleiters und eines 1. Bevollmächtigten durch den Hauptvorstand sei eine organisatorische Notwendigkeit.

Bei der Wahl des Ortsvorstandes erklärte die SPD.-Fraktion, daß sie die zwischen der USPD. und KPD. getroffenen Vereinbarungen, die während der letzten Generalversammlung zum Ausdruck kamen, zurückziehe und nur eine Listenverbindung mit der USPD. aufstellen könne. Der Vertreter der **Minderheit der USP.-Fraktion** schloß sich dieser Auffassung an und verlangte Vertagung der Generalversammlung.

Klein (USP.), der im Auftrage der Mehrheit der USP.-Kollegen sprach, erklärte, daß sie keine Ursache hätten, von den getroffenen Vereinbarungen abzugehen, und daß sie an einer Listenverbindung mit der KPD. festhalten. Da keine Einigung erzielt wurde, mußte die Generalversammlung vertagt werden.

*

Der diktatorische Gewaltstreich der Scheffel und Kotzur stellt sich nach dem Verlauf dieser Versammlung als ein abgekartetes Manöver dar. Der frühere Bevollmächtigte, Willi Schulz (USP.), war mit dem Vorgehen des Hauptvorstandes, das sich nur gegen die kommunistischen Kollegen richtete, durchaus einverstanden. Dieselbe fragwürdige Rolle spielten eine Reihe anderer führender SPD.- und USP.-Kollegen. Kam auf der letzten Tagung der Generalversammlung der einmütige Protest aller Kollegen ohne Unterschied der Parteien gegen das nichtswürdige Spaltungsmanöver des Hauptvorstandes zum Ausdruck so ist es inzwischen der SPD. in einer Fraktionsversammlung gelungen, ihre Mitglieder umzustimmen und unter ihre verbandsschädigende Disziplin zu bringen. Die rechten Unabhängigen machten dieselbe Schwenkung mit. Nur diesem vereinten Vorgehen der SPD. und eines Teiles der USP. ist es zu verdanken, wenn sich um so provozierender das Hauptvorstandsmitglied Scheffel in die Versammlung stellt und erklärt: Der Vorstand wird an seinen gefaßten Beschlüssen festhalten und **einen kommissarischen Bevollmächtigten für die Ortsgruppe Berlin diktatorisch einsetzen.**

Aber der Hauptvorstand irrt, wenn er glaubt, daß die Mehrzahl der Eisenbahnerkollegen im DEV. sich diesem Machtspruch fügen wird. Sie haben zu deutlich das arbeiterschädigende Verhalten des Hauptvorstandes und seiner Gesinnungsgenossen im ADGB. während des letzten Eisenbahner- und Verkehrsstreiks erkannt. Wenn der Hauptvorstand seine Drohung wahrmacht und die Ortsgruppe des DEV. Berlins auflöst und damit den Verband spaltet, so werden sie auch entsprechende Maßnahmen zu ergreifen wissen, um solche Saboteure des gewerkschaftlichen und proletarischen Kampfes unschädlich zu machen.

*

Die Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter veröffentlicht Auszüge aus dem Bericht über eine erweiterte Vorstandssitzung vom 16. und 17. Februar. Die bürgerliche Presse nimmt hierzu Stellung und wirft den Streikführern der Reichsgewerkschaft „skrupellose Machtgelüste" vor. Auch für uns sind die Berichte in mehr als einer Hinsicht wertvoll. Der 1. Vorsitzende, Menne, führte nach diesem Bericht aus, daß die Reichsgewerkschaft am Schlusse eines Kampfes stünde, in dem ein Dolchstoß geführt sei, sowohl **aus den eigenen Reihen als auch aus den Reihen der Spitzenorganisationen.** Wenn der Kampf abgebrochen wurde, so geschehe es, um den heranmahnenden **Generalstreik zu verhindern, dessen Ziele noch unklar waren.** Aber der Kampf sei nur abgebrochen, keineswegs beendet. Die alte Energie zum Weiterkämpfen sei uneingeschränkt, ja sogar noch stärker vorhanden. **Der neue Kampf, der einen Kampf zwischen Arbeit und Kapital bringe, könne von der Reichsgewerkschaft nicht allein geführt werden.** Ein erbitterter Gegner stünde den Eisenbahnern gegenüber und es müsse auf schnelle Verbreiterung der Front hingearbeitet werden.

Aus diesem Bericht spricht deutlich das unklare, tastende Vorgehen neuer, zum Kampf erwachter proletarischer Schichten. Sie sehen nicht klar die Zusammenhänge zwischen Politik und Wirtschaft, sie fürchten die Konsequenzen des politischen Machtkampfes, des Generalstreiks.

Wiederum erkennen sie aber klar, daß durch die wachsende Verelendung die Kämpfe an Wucht sich verstärken und erneuern müssen. Daß es zu einer Generalabrechnung zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Proletariat und Sinnesregierung kommen muß. Die Beamten erkennen deutlich, daß sie nur ein Teil der proletarischen Schichten sind, die sofort den Abwehrkampf aufnehmen müssen. Sie verlangen die proletarische Einheitsfront mit allen Ausgebeuteten und Unterdrückten. Diese Lehre haben die Beamten aus dem großen Eisenbahnerstreik gezogen, denn sie sahen sich in diesem Kampfe der gesamten organisierten Macht des Kapitalistenstaates gegenüber. Und sie werden auch die politischen Konsequenzen aus dem **verlorenen Streik zu ziehen verstehen.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220227-16/fragment/page=0001

Acht Monate Gefängnis für Maslow

wegen Tragen eines falschen Passes

Berlin, 28. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Gestern um 10½ Uhr fand vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte die Verhandlung gegen unseren Genossen **Maslow** wegen „intellektueller Urkundenfälschung“ unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsrats Kieper statt.

Die Anklage lautet auf Grenzüberschreitung und Tragen eines falschen Passes. Das Amtsgericht verurteilte ihn zu acht Monaten Gefängnis ohne Einrechnung der Untersuchungshaft und nahm u. a. als erschwerend an, daß er den deutschen Staat um die Steuern betrogen hätte.

Maslow hat sich vor den Spitzeln der Abteilung Ia durch Tragen eines falschen Passes zu schützen gesucht. Erzbergermörder und Kappisten tragen bekanntlich nie falsche Pässe, wenigstens werden sie darum nicht vor Gericht zitiert.

Genosse Maslow, der bereits seit sechs Wochen in Untersuchungshaft sitzt, soll also insgesamt fast 10 Monate für dieses „Verbrechen“ büßen. Der politische Zweck dieses Urteils ist klar: Man will Maslow um jeden Preis hinter Schloß und Riegel halten. Zwar ist es der Abteilung Ia nach vier Wochen angestrengter Arbeit gelungen, beim Reichsgericht einen Haftbefehl wegen „Beihilfe zum Hochverrat“ zu erwirken. Da sich aber diese Anzeige einzig und allein auf die Aussage eines notorischen Spitzels und nervenkranken Menschens stützt, dem noch dazu das Malheur passiert ist, Maslow an einem Ort gesehen zu haben, an dem er niemals gewesen ist, und Maslows Alibi für die angegebene Zeit durch Hunderte von Zeugen einwandfrei festgestellt werden kann, so fürchtet die Ia eben mit Recht, daß aus der Sache — selbst beim besten Willen der Klassenrichter — nichts werden kann. Wir haben über die ganze Spitzelei der Ia im Falle Maslow umfangreiches Material in Händen, mit dem wir bis jetzt noch zurückgehalten haben, weil wir nicht annehmen konnten, daß das Reichsgericht auf die Aussage eine Spitzels hin, dessen Aussagen selbst von einem Untersuchungsrichter in Halle als unglaubwürdig zurückgewiesen wurden, die Haft aufrechterhalten könnte. Deshalb hat nun das Amtsgericht Mitte Maslow zu acht Monaten Gefängnis verurteilt, denn zwei Eisen im Feuer sind besser als eines. Wir werden das ganze Material demnächst veröffentlichen. Gegen das Urteil ist selbstverständlich Berufung eingelegt worden.

*

Das Urteil gegen den Genossen Maslow ist ein politischer Akt, der gegen die Arbeiterschaft gerichtet ist. Die Urkundenfälschung ist für die Richter nur der willkommene Vorwand, um den Genossen Maslow aus der Berliner Arbeiterbewegung herauszureißen. Hat man je einen Gegenrevolutionär deswegen belangt, daß er einen falschen Namen geführt hat? Hat man Herrn Ludendorff etwas getan, der im November 1918 unter dem falschen Namen Lindström und mit einem falschen schwedischen Paß geflüchtet ist? Uns ist nichts davon bekannt. Zur gleichen Zeit, wo Herr Radbruch Amnestien verspricht, suchen die preußischen Richter nach allerlei Gründen, um Kommunisten ins Gefängnis zu schicken. Das ist bezeichnend für die Zustände in der deutschen Justiz. Die Arbeiterschaft verlangt die **sofortige Freilassung des Genossen Maslow.**

Gute Zeiten für Kriegsverbrecher!

Dithmar und Boldt gesund in Schweden angekommen

Nach einer Meldung der „Welt am Montag“ aus Swinemünde teilt die „Ostwacht“ mit, daß die steckbrieflich verfolgten Offiziere Dithmar und Boldt sich während des Eisenbahnerstreiks in Swinemünde aufgehalten hatten, um mit einem im Hafen liegenden ausländischen Dampfer nach Schweden zu gelangen. Das sei ihnen auch geglückt. Das Schiff habe den Hafen verlassen dürfen entgegen ausdrücklicher Anordnung des Schiffahrtsdirektors.

Preußischer Landtag

Fortsetzung der Schuldebatte

Der Preußische Landtag hat am Sonnabend die Beratung des Schuletats noch immer nicht zu Ende gebracht. Die Debatte über „Lehrerbildungswesen, Taubstummen- und Blindenwesen, Schulaufsicht, Volksschulen, Volkshochschulen, Volksbüchereien, Wohltätigkeitsanstalten“ wurde abgetrennt und auf Dienstag, den 7. März, vertagt.

Die Erörterung über die einzelnen Titel des Abschnittes „Höhere Lehranstalten“ weckte zwar im Hause nur geringes Interesse, und doch bot sie manche bemerkenswerten Einzelheiten.

Die Linksfraktionen griffen den Minister **Boelitz** wiederholt an wegen der unhaltbaren Zustände im Apparat der Schulaufsicht, den die Reaktionäre seit der Herrschaft des Stinnesministers noch fester in Händen haben und noch rücksichtsloser ausnützen, als zu Zeiten des Sozialdemokraten Haenisch. Genosse **Scholem** nagelte an, daß der Schulrat Sachse bei der Revision einer Schule Geheimakten über Lehrer bei sich geführt habe, trotzdem der Artikel 125 der Reichsverfassung dies ausdrücklich verbiete. Der Minister suchte seinen verfassungsabotierenden Kuli mit „harmlosen Notizen“ herauszureden. Unser Redner protestierte weiter gegen die unerhörte Behandlung des kommunistischen Studienrats **Lier,** dem man bei der Aufsichtsbehörde einen unterschriftlichen Revers abverlangte, in dem er bekräftigen sollte, daß er sich jeder staatsfeindlichen Handlung enthalten wolle. Herr Boelitz ging jetzt sogar so weit, dies Verlangen der Schulbehörde zu verurteilen. Es war ja auch ein allzu starkes Stück seiner kommunistenfresserischen Bureaukraten gewesen, nicht, wie der Minister doch wieder noch hinzufügte, eine ganz unerhebliche Sache. Aber noch weiter trieb die kommunistische Kritik den preußischen Kultusgeneral: man denke, bis zur öffentlichen Anerkennung eines kommunistischen Schulfachmannes. Die Reaktion wütet wegen der Berufung unseres Genossen **Goß** zum Leiter des Friedrich-Gymnasiums in Berlin. Der Volksparteiler Dr. Leidig gab davon eine Probe; er griff sogar den Minister, seinen eigenen Parteifreund, deswegen an. Aber Herr Boelitz mußte zugeben, daß nach einer Entscheidung des höchsten Gerichts ein Kommunist nicht wegen seiner Gesinnung oder politischen Ueberzeugung von einem Lehramt ausgeschlossen werden könne, daß er aber Goß wegen seiner sachlichen Tüchtigkeit bestätigt habe.

Herr Haenisch versuchte noch einmal einen Anlauf wider den Minister wegen der nicht paritätischen Besetzung des Berliner Provinzialschulkollegiums. Dabei passierte dem armen Konrad das Malheur, daß der Minister erklärte, er habe nur Personen berufen, die sein Amtsvorgänger nach ihm gemachten Mitteilungen für das Kollegium selbst in Aussicht genommen habe.

Und noch ein zweites Pech hatte der Ex-Kultusminister. Auf die Kritik des Genossen **Scholem** an dem monarchen- und kriegsverherrlichenden Inhalt von Lehrbüchern an höheren Berliner Schulen entgegnete Herr Boelitz, in seiner Amtszeit seien diese Bücher nicht eingeführt worden. Sie müßten also bereits in der Zeit des Ministers Haenisch im Gebrauch gewesen sein.

Zu einem Antrag, der die Unterstützung des Staates zugunsten der bankrotten Franckeschen Stiftungen in Halle verlangte, erklärte der Genosse **Kilian,** seine Fraktion sei für die Uebernahme der Anstalten durch den Staat und ihre Erfüllung mit dem Geist des mordernen Lebens. Die Stadt Halle müsse zu der Neuordnung hinzugezogen werden, denn sie habe aus erzieherischen, schultechnischen und städtebaulichen Interessen heraus darauf einen Anspruch.

Darauf wurde in zweiter und dritter Lesung der Gesetzentwurf über die Gewährung von Wirtschaftsbeihilfen an unmittelbare Staatsbeamte angenommen. Ebenso die Anträge über Zuwendungen an technische Beamte der Bergverwaltung und über Regelung der Bezüge der Ruhegehaltsempfänger. Die übrigen Anträge über Teuerungszulagen, Neuordnung der Besoldungsverhältnisse und Entlohnung der Staatsarbeiter gehen an den Hauptausschuß.

Nach Erledigung einer Reihe von kleinen Vorlagen vertagte sich das Haus auf Montag, den 6. März. (Tagesordnung: Kommunistische Amnestieanträge und kommunistischer Antrag wegen Auslieferung der spanischen Revolutionäre.)

Die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten

Der Entwurf des neuen Reichsgesetzes

Im „Berliner Tageblatt“ schreibt Dr. M. zu dieser Frage:

Dem **Reichstag** ist der Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten zugegangen. Darin sind, bis auf einen Punkt (Aenderung des § 361 Nr. 6 des Strafgesetzbuches), die vom Reichsrat gewünschten Aenderungen des ursprünglichen Entwurfs berücksichtigt. Der neue Entwurf enthält 16 Paragraphen, die einigen der dringendsten sozialhygienischen Forderungen genügen. Allerdings wird eine sorgfältige Beratung zu prüfen haben, ob tatsächlich die Sicherungsmaßnahmen ausreichen und den neuesten Forschungen der Venerologie Genüge getan wird. Die Angelegenheit kann nicht parteipolitisch gewertet, sondern muß mit nüchterner Sachlichkeit behandelt werden. Dabei wird man nicht umhin können, das soeben in deutscher Sprache von der Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten herausgegebene Werk von Flexner: „Die Prostitution in Europa“, eingehend zu Rate zu ziehen. Das hier in bisher noch nicht dagewesener Fülle und Gründlichkeit zusammengetragene Material ist die unentbehrliche Grundlage für jede Diskussion über die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Der Entwurf des neuen Gesetzes stellt zunächst die Verpflichtung fest, daß jeder, der an einer mit Ansteckungsgefahr verbundenen Geschlechtskrankheit leidet und dies weiß oder den Umständen nach annehmen muß, sich von einem für Deutschland approbierten Arzt behandeln lassen muß. Die Gesundheitsbehörden können von Personen, die dringend einer Geschlechtskrankheit verdächtig und sie weiter zu verbreiten geeignet sind, ein ärztlies Attest bzw. Untersuchung verlangen. Geschlechtskranke können zwangsweise einem Heilverfahren unterworfen werden. Strafbestimmungen sind festgesetzt für Personen, die den Geschlechtsverkehr ausüben oder eine Ehe eingehen, obwohl sie wissen oder annehmen müssen, daß sie geschlechtskrank sind. Ebenso wird jede Behandlung durch Kurpfuscher, die Fernbehandlung ohne Untersuchung des Kranken, die öffentliche Ankündigung einer entsprechenden Behandlung, in jeder Form bestraft. Der behandelnde Arzt hat seinen geschlechtskranken Patienten über Art und Ansteckungsgefahr des Leidens aufzuklären und bei Ansteckungsfähigkeit den behördlich eingerichteten öffentlichen Beratungsstellen zu melden. Mittel, Gegenstände und Verfahren zur Behandlung der Geschlechtskrankheiten dürfen (außer in der für Aerzte und Apotheker bestimmten Fachliteratur) öffentlich in irgendeiner, auch verschleierter From, nicht angezeigt werden. (Beachtenswert ist die in der Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege gemachte Anregung, die fraglichen Medikamente staatlich prüfen zu lassen, wie die verschiedenen Serumarten.) Des weiteren enthält der Entwurf Bestimmungen zum Schutze von Ammen gegen geschlechtskranke Säuglinge und umgekehrt; der Kuppeleiparagraph ist entsprechend den Auffassungen namhafter Sozialhygieniker abgeändert, und die Verhütungsmittel können, falls nicht Sitte und Anstand verletzt werden, angekündigt werden.

Dies sind in großen Zügen die wesentlichen Bestimmungen des Gesetzes; die einzelnen Paragraphen (z. B. über die Meldepflicht des Arztes) werden sehr sorgfältiger Beratung bedürfen; dabei wird vielleicht auch jemand bemerken, daß der Syphiliserreger nicht, wie es Seite 8 der Begründung des Gesetzes heißt, 1915, sondern 1905 entdeckt ist.

Geständnisse

Ein „**sichtbares Opfer des Besitzes**“ soll nach der Behauptung der SPD.-Bureaukraten das Kernstück des Steuerkompromisses, die **Zwangsanleihe** sein. Daß sie in Wahrheit die denkbar größte Schonung des Besitzes ist, muß nun auch der „Vorwärts“ in einem ihm von einem Fachmann geschriebenen Artikel zugeben. In diesem Artikel heißt es (Nr. 82 vom 17. Februar 1922):

„Die Absicht, die uns bei unserer ursprünglichen Forderung nach einer Goldanleihe leitete nachdem die Möglichkeit einer Erfassung der Sachwerte bei der gegenwärtigen politischen Lage stark zusammengeschrumpft war, war die Deckung des Extraordinariums, insbesondere des Reparationsetats auf dem Anleihewege. Da die „Erwerbsstände“, das heißt die Sachwertbesitzer, sich feierlich bereit erklärt hatten, für das Reich eine Anleihe aufzunehmen, die Verzinsung und Tilgung von sich heraus zu tragen und eine Verrechnung erst später vorzunehmen, wollte die Sozialdemokratie diesem Mittel zustimmen: eine Belastung der Sachwerte **auf dem denkbar vorsichtigsten und schonendsten Wege, den die Sachwertbesitzer selbst gewiesen hatten.**“

Also: Die gegenwärtige politische Lage erlaubt nicht die Erfassung der Sachwerte. Sie erlaubt sie deshalb nicht, weil die Sozialdemokratie keine Anstalten trifft, um in Verbindung mit den anderen Arbeiterparteien diese politische Lage zugunsten des Proletariats mit dessen Machtmitteln zu ändern. Darum der Rückzug auf die Zwangsanleihe, der nach dem eigenen Geständnis des „Vorwärts“ eine Belastung der Sachwerte auf dem „denkbar vorsichtigsten und schonendsten Wege“ bedeutet; vorsichtig und schonend natürlich für die Sachwertbesitzer, die kapitalistischen Unternehmer.

Selbst der Fachmann des „Vorwärts“ muß zugeben, daß auch diese schonende und vorsichtige Zwangsanleihe, selbst wenn sie Gesetz wird, damit noch nicht Tatsache geworden ist, weil die Kapitalisten sie dann immer noch sabotieren können. Und die „Vorwärts“-Leute, die SPD.-Führer, werden dann die letzten sein, die bei ihrer zarten Rücksichtnahme auf die Interessen des Kapitalbesitzes schonungslos gegen das Unternehmertum vorgehen werden. Im Gegenteil: die Ebert-Verordnung vom 1. Februar, der Streikbrecheraufruf des ADGB., die offene Unterstützung des kapitalistischen Staates während des Eisenbahnerstreiks durch die sozialdemokratischen Führer waren mehr als Schonung und vorsichtige Behandlung des Besitzes. Sie waren die offene Verteidigung der kapitalistischen Interessen gegen die Arbeiterschaft.

Nicht mehr und nicht weniger ist das von den Sozialdemokraten gestützte Steuerkompromiß samt seinem Schaustück, der Zwangsanleihe.

Die Schützer der Republik

Die Klagen der Schupoleute dringen bereits in die bürgerliche Presse. Im „Berliner Tageblatt“ konnte man einen langen Artikel eines Schupomannes lesen, der für die Militarisierung der Schupo bezeichnend ist. Diese Schupo ist die Erbin der altpreußischen Tradition, hier lebt noch der „alte Geist“, hier wird noch mit den ältesten Methoden gearbeitet, hier schmettert es noch so brutal und arrogant, hell und zeternd über den Exerzierplatz: „Ein Misthaufen, ein Sandhaufen exerziert besser als Ihr!“ „Vor mir stehen keine Beamten, vor mir stehen Lumpen.“ Ja, hier wird die alte Tradition noch gepflegt und stehen noch Menschen da, wie „eingefallene Scheißhäuser“.

In der Schupo werden die Beamten wie Rekruten behandelt. In der Schupo wird wegen „ganz kleiner Vergehen“ gerade gegen die Beamten, die politisch und gewerkschaftlich unbequem sind und als Führer im Verbandsleben oder im Beamtenausschuß auftreten, sofort ein Disziplinarverfahren eingeleitet, in den meisten Fällen erfolgt Entlassung.

Der Bourgeoisie war die Schupo nie zuverlässig genug, sie hat in ihren Blättern gegen sie gehetzt, wo sie nur konnte, sie hat ihre Schergen, die Offiziere, unterstützt, aufgehetzt, aufmerksam gemacht, sie wollte und will in der Schupo eine Gruppe haben, die in jedem Falle bereit ist, das Proletariat zu zerschmettern. Die Schupoleute mögen sich klar machen, zu welchem Zwecke sie benutzt werden. Sie mögen sich besonders klar machen, wie lächerlich es ist, wenn sie „vertrauensvoll“ zum Minister Severing „aufblicken“. Um diesen Severing kümmert sich kein Mensch. Die Offiziere machen sich nur lustig über ihn. Der Severing besitzt nur die Macht, Offizieren keinen Einhalt gebieten zu können, wenn es sich darum handelt, Arbeiter umzubringen. Für seine Beamten hält der Minister nur eine „Bestallungsurkunde“ bereit, durch die ihnen die Beamteneigenschaft verliehen wird. Es ist alles in dieser Republik nur Papier. Die Schupoleute haben hier nichts zu erwarten. In einem Klassenstaat ist eine „Volkspolizei“ eine nutzlose und falsche Geste.

Die Lohnverhandlungen im Kohlenbergbau gescheitert

Die bürgerliche Presse verbreitet folgende Meldung:

Die am Freitag im Reichsarbeitsministerium aufgenommenen Lohnverhandlungen für den Kohlenbergbau sind gescheitert. Die Forderungen der Arbeitnehmer allein hätten einschließlich der erhöhten Kohlensteuer eine Kohlenpreiserhöhung von etwa 150 Mk. verursacht, ohne daß die Forderung der Arbeitgeber auf eine Abschreibungsquote dabei berücksichtigt worden wäre. Die Arbeitgeber glaubten, die Verantwortung für eine solche Kohlenpreiserhöhung nicht übernehmen zu können. Am Montag wird ein Schiedsgericht über die Höhe der Löhne entscheiden.

Die Frechheit der Kohlenherren, die alle Lohnerhöhungen sofort auf den Kohlenpreis schlagen, ist bodenlos. Sie „glaubten die Verantwortung für eine solche Kohlenpreiserhöhung nicht übernehmen zu können“, sagen sie heuchlerisch und meinen die Schmälerung ihres Profits. Sie wollen damit eine Hetze gegen die Kohlenarbeiter entfesseln. Diese haben nun das Wort.

Zunahme der Erwerbslosigkeit

Die vorliegenden amtlichen Zahlen lassen die Rückwirkungen des Eisenbahnerstreiks auf den Stand der Erwerbslosigkeit noch nicht erkennen. Soweit aus insgesamt 456 deutschen Städten (über 10000 Einwohner) für beide Stichtage Meldungen eingegangen sind (für 393 Städte) betrug die Gesamtzahl der unterstützten Vollerwerbslosen am:

14. Januar 1922	123192
21. Januar 1922	124447

Die Gesamtzahl der unterstützten Vollerwerbslosen in den deutschen Großstädten und in wichtigen Industriestädten am 21. Januar 1922 zeigt die folgende Aufstellung. Die Verhältniszahl gibt den Anteil der unterstützten Vollerwerbslosen auf je 1000 Einwohner an; die in Klammern gesetzten Zahlen beziehen sich auf den Stichtag der vorhergehenden Woche (14. Januar 1922):

Aachen . . .	161	gleich	1,1	(121	gleich	0,8)
Altona . . .	955	„	5,3	(1004	„	5,6)
Auerbach . .	237	„	17,1	(233	„	16,9)
Augsburg . .	233	„	1,5	(201	„	1,3)
Barmen . . .	—		—	(—		—)
Groß-Berlin .	57562	„	15,1	(58997	„	15,5)
Berlin . . .	26265	„	13,8	(27035	„	14,2)
Braunschweig	518	„	3,7	(527	„	3,8)
Bremen . . .	376	„	1,5	(328	„	1,3)
Breslau . . .	4526	„	8,6	(4480	„	8,5)
Cassel . . .	161	„	1,0	(145	„	0,9)
Chemnitz . .	356	„	1,2	(289	„	1,0)
Crefeld . . .	10	„	0,1	(6	„	0,0)
Dresden . . .	4275	„	8,1	(4011	„	7,6)
Düsseldorf . .	—		—	(321	„	0,8)
Erfurt . . .	231	„	1,8	(193	„	1,5)
Essen . . .	105	„	0,2	(112	„	0,3)
Forst . . .	—		—	(—		—)
Frankfurt a. M.	660	„	1,5	(622	„	1,4)
Fürth . . .	452	„	6,6	(388	„	5,7)
Halle . . .	132	„	0,7	(37	„	0,2)
Hamburg . .	6447	„	6,5	(6499	„	6,6)
Hannover . .	786	„	2,0	(708	„	1,8)
Karlsruhe . .	177	„	1,3	(137	„	1,0)
Kiel . . .	2565	„	12,5	(2916	„	14,2)
Köln . . .	874	„	1,3	(759	„	1,1)
Königsberg . .	4131	„	15,8	(4413	„	16,9)
Leipzig . . .	2921	„	4,8	(2793	„	4,6)
Lübeck . . .	304	„	2,7	(222	„	2,5)
Magdeburg . .	1376	„	4,8	(1372	„	4,8)
Mainz . . .	406	„	3,8	(308	„	2,9)
Mannheim . .	49	„	0,2	(60	„	0,3)
München . .	—		—	(2353	„	3,7)
Münster . . .	78	„	0,8	(70	„	0,7)
Nürnberg . .	753	„	2,1	(699	„	2,0)
Plauen . . .	1487	„	14,2	(1494	„	14,2)
Sonneberg . .	53	„	3,4	(41	„	2,7)
Stettin . . .	919	„	3,9	(863	„	3,7)
Stuttgart . .	347	„	1,1	(322	„	1,0)

Ausland

Der Bukarester Sozialisten-Prozeß

Bukarest, 24. Februar. (Intel.) Im Sozialisten-Prozeß dauert das Verhör fort. In der gestrigen Sitzung brach der Angeklagte Konstantinesco ohnmächtig zusammen. Konstantinesco wurde vor einigen Tagen freigelassen, da gegen ihn nicht genügend Beweismaterial vorlag, doch wurde er am 22. neuerdings verhaftet. Da er an einer schweren Nervenerschütterung leidet, wird er voraussichtlich in einem Sanatorium interniert werden.

Streiks in Italien

Rom, 24. Februar. (Intel). Im Landesstreik der Petroleumarbeiter ist infolge der unnachgibigen Haltung der Industrietrusts immer noch keine Wendung eingetreten. Die beteiligten Trusts — die italienisch-amerikanische Petroleumgesellschaft und die Naphtagesellschaft — erklären, die Forderung der Arbeiter keinesfalls annehmen zu können. — Auch im Streik der Kohlenarbeiter, der bereits 40 Tage andauert, ist kein Ende abzusehen. Es ist wahrwahrscheinlich, daß demnächst die Behörden zur Beilegung dieses Streikes eingreifen werden.

Drohender Bergarbeiterstreik in der Tschecho-Slowakei

TU. **Prag,** den 26. Februar. Wie die „Tribuna“ aus Mährisch-Ostrau meldet, ist die Konferenz zwischen den Bergwerksbesitzern und den Bergarbeitern ergebnislos verlaufen. Die Gefahr eines neuen Bergarbeiterstreiks ist damit in drohende Nähe gerückt.

„Rothelfer“-Gesindel in Dänemark. Kopenhagen, 25. Februar. In Lyngby, in der Nähe von Kopenhagen haben Ausschreitungen der ausgesperrten Arbeiter stattgefunden. Ein Kontorist, der beim Ausladen von Eisenbahnwagen als Rothelfer tätig war, wurde von der aufgeregten Menge schwer mißhandelt. Auch bei Roskilde fand ein Zusammenstoß zwischen ausgesperrten und beschäftigten Arbeitern statt.

Gestrandeter Dampfer. Harboöre, 25. Februar. Der Dampfer Oreador aus Bremen strandete gestern abend außerhalb Knopper, einige hundert Meter vom Lande entfernt. Das Schiff ist gänzlich vom Eise umgeben und später näher an die Küste herangepreßt worden. Vorläufig ist nur ein Mann gerettet worden. Es ist zweifelhaft ob der herbeigerufene Bergungsdampfer Verbindung mit dem Schiff erreichen kann.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1669156101922022 7-16/fragment/page=0002

Verbrüderung zwischen Orgesch und Besatzungsbehörden

Ende 1921 wurden vom Kriegsgericht Aachen eine Anzahl Orgeschoffiziere aus dem Regiment Vogel und Falkenstein zu schweren Gefängnis- und Geldstrafen verurteilt, weil sie an einer Regimentsfeier — und zwar zum Teil bewaffnet — teilgenommen haben. Nun meldet die bürgerliche Presse, daß sämtliche 20 Verurteilte auf Grund eines Gesuches, das durch den Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete dem belgischen Oberkommissar überreicht worden war, mit Wirkung vom 26. Januar, aus dem Gefängnis entlassen und begnadigt worden sind.

An diesem Beispiel lehrt die deutsche und die belgische Bourgeoisie die internationale Arbeiterschaft, wie man Klassensolidarität übt.

Hände weg!

Unter dieser Ueberschrift polemisiert die Hallische Bezirksleitung des Bergarbeiterverbandes am Sonnabend in der „Volksstimme“ gegen unseren Artikel am Donnerstag über den Kampf in Mansfeld. Wir hatten in diesem Artikel einige Ausführungen gegen die Gewerkschaftsbureaukratie gebracht, die notwendig und durchaus am Platze waren. Wir müssen nach Lage der Dinge annehmen, daß unser Artikel dazu beigetragen hat, daß der Streik in Mansfeld bisher den gewünschten Verlauf genommen hat. Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß es ein unerhörter Eingriff in die Rechte der Bergarbeiter ist, wenn die Gewerkschaftsbureaukraten den Kumpeln vorschreiben, sie dürften keine politischen Versammlungen besuchen. Daß die Streikversammlungen von der Streikleitung einberufen werden, versteht sich am Rande; dagegen haben wir auch gar nichts eingewendet. Wenn aber die Bezirksleitung des Bergarbeiterverbandes schreibt, die Mansfelder Arbeiter würden es nicht verstehen, „wenn wir sie wieder solchen Führern überließen, wie Hölz, Lemck, Lowitzky und dgl. Verbrecher (!) an der Arbeiterbewegung“, dann genügt es unseres Erachtens lediglich, diese Gemeinheit tiefer zu hängen. Wer natürlich den Kampf zwischen Kapital und Arbeit so auffaßt, wie die Gewerkschaftsbureaukraten, wird nie in die Verlegenheit kommen, „Verbrecher“ zu werden. Deren Parole ist ja bekannt genug: Ruhe und kein Geräusch gemacht, lieber zwei Schritte zurück, als einen vorwärts! Wie weit die Arbeiterschaft damit im Laufe der Zeit gekommen ist, zeigt das unverschämte Vorgehen des Unternehmertums auf der ganzen Linie. Die ganze bisherige Politik der Gewerkschaftsbureaukratie ist eine einzige Kette von Verbrechen, die an der Arbeiterbewegung begangen wurden.

Um ihren ablehnenden Standpunkt gegenüber Unionisten, Syndikalisten usw. zu rechtfertigen, wird in dem rechtssozialistischen Blatt eine Reihe von „Edelknaben“ angeführt, die teils als Spitzel teils als unehrliche Leute bezeichnet werden. Wir haben durchaus keine Veranlassung, letztere in Schutz zu nehmen, müssen aber betonen, daß es nicht üblich ist, solche Leute einer Partei oder einer Organisation an die Rockschöße zu hängen. Gibt es nicht auch in der SPD. oder in anderen Parteien solche unzuverlässigen Elemente? Wir führen hier die SPD. besonders an, weil die Artikelschreiber dieser Partei angehören, sie also durchaus keine Ursache haben, mit Steinen zu werfen. Gerade die SPD. zeigt die meisten Lumpen auf; vieles wird dort allerdings mit dem Mantel der sozialistisch-christlichen Nächstenliebe zugedeckt, d. h. verschleiert. Auf der anderen Seite gibt es in der SPD. allerdings auch eine große Anzahl Leute, die es durchaus nicht nötig haben, sich an ein paar lumpigen Pfennigen zu vergreifen. Sie sitzen alle in gutbezahlten Stellungen. Nach einer Uebersicht der „Dtsch. Ztg.“ gibt es im Reiche allein 45 sozialistische Minister mit hohen Gehältern. Wir wollen nur einige Fälle anführen. Der Herr Oberbürgermeister Leinert bewohnt in Hannover eine große schloßartige Villa und will nun auch in Berlin die feudale Dienstwohnung des Landtagspräsidenten mit 36 Zimmern allein bewohnen! Der Mann bezieht außerdem zweierlei Einkünfte: als Oberbürgermeister und als Landtagspräsident! Sollen wir an Noske, Ebert, Hörsing usw. erinnern, die alle ein sehr gutes Einkommen beziehen für ihre Arbeit, die sie im Interesse der Bourgeoisie verrichten. Bekannt sind ja auch die Saufereien und Schlemmereien der SPD.-Leute im Preußischen Landtag, die mitunter aller Beschreibung spotten, die aber zeigen, daß riesige Einkünfte vorhanden sind. Und diese Leute rümpfen die Nase, wenn einmal ein armer Teufel unrechtmäßigerweise sich einige Pfennige aneignet! Pfui Teufel!

Weiter regt sich die Bezirksleitung der Bergarbeiter darüber auf, daß Unionisten, Kommunisten als Spitzel entlarvt worden sind. O diese Demagogen! Wem dürfte es wohl nicht bekannt sein, daß gerade Rechtssozialisten (Severing usw.) es sind, die diese Spitzel geradezu großzüchten, um sie dann auf die Arbeiterbewegung loszulassen. Wie oft haben wir solche Fälle nicht schon angeprangert und verurteilt. Wissen denn die Gewerksaftsbureaukraten nichts von dem bekannten Korruptionsfonds, aus dem die Spitzel der Regierung bezahlt werden für die Dienste, die sie in den Arbeiterorganisationen verrichten? Und nun will man sich darüber entrüsten, wenn einige solche Subjekte erfaßt worden sind, die sich als Kommunisten oder Unionisten ausgegeben haben. O Ihr Heuchler! Wir wollen das Thema nicht weiter fortsetzen, es könnte noch manches gesagt werden, was jenen Leuten nicht gerade angenehm wäre. Ebenso wollen wir uns heute, da die Mansfelder Arbeiter geschlossen im Kampfe gegen das Kapital stehen, nicht weiter auslassen über die Unorganisiertenfrage. Dazu haben wir das Notwendige bereits gesagt und wir werden bei Gelegenheit auch darauf zurückkommen. Nur das eine sei betont: Die Arbeiter wissen einen Unterschied zu machen zwischen wirklichen Unorganisierten und der Union usw. Die Gewerkschaftsbureaukratie kennt diese Unterscheidung nicht. Wenn wir auf eine weitere Auseinandersetzung verzichten, dann nur im Interesse der Arbeiter selbst. Jetzt gilt es, den begonnenen Kampf siegreich zu Ende zu führen. Die Lohnverhandlungen im Braunkohlenbergbau sind gescheitert, es droht der Kampf auf der ganzen Linie. Der Bergarbeiterverband, der die Führung hat, hat die Pflicht, alles zu tun, was geeignet ist, die Kämpfe so durchzuführen, wie es das Interesse der Arbeiter verlangt. Tut er das nicht, dann werden wir bei Gelegenheit die Kritik üben, die notwendig ist. Dies Recht lassen wir uns nicht nehmen.

Aus der Partei

Bezirksparteitag im Erzgebirge-Vogtland

Vom 18. bis 19. Februar tagte in Chemnitz der Bezirksparteitag der KPD. Aus dem Jahresbericht war zu ersehen, daß die Situation für unsere Partei gegenwärtig günstiger als je ist. Ueber politische Lage und Aufgaben der Partei referierte Genosse Remmele, der mit der Forderung der Arbeiterregierung und Erfassung der Sachwerte schloß. In der Diskussion wurde besonders die Frage des Etats hervorgehoben; der Ausschluß der Gruppe Friesland wurde lebhaft begrüßt. Zur Gewerkschaftsfrage referierte Genosse Kühn, der die Notwendigkeit der Einstellung der Partei auf die Lohnkämpfe betonte. Nach einer Schlußansprache des Genossen Siewert gingen die Delegierten mit Begeisterung, von der auch die ganze Konferenz getragen war, hinaus in den Bezirk, um weiter zu wirken für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse.

Neue Druckschriften

„Die Internationale“

Zeitschrift für Theorie und Praxis des Marxismus

Neu erschienen Heft 9 mit folgendem Inhalt: Von der Regierungskrise zur Führerkrise der USPD. — H. Remmele: Zwischen den Schlachten. — Dr. med. Klauber: Streik und Krankenversorgung. — Friedrich und Leonid: Genua (mit mehreren erläuternden Zeichnungen) und Auslandsrundschau.

Der Preis dieser Nummer beträgt für Organisationen 2 Mk., für den Buchhandel und im Straßenhandel 2,50 Mk.

Alle geschäftliche Korrespondenz betr. dieser Zeitschrift wolle man richten an: „Viva“, Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten“, G. m. b. H. (Frankes Verlag), Berlin W 61, Plan-Ufer 17.

E. Brand und H. Walecki: „Der Kommunismus in Polen“.*) In den Wochen und Monaten des letzten Jahres, als Sowjet-Rußland aufs schärfste durch Polen kriegerisch bedroht war, richteten sich die Augen des revolutionären Weltproletariats auf die Arbeiterschaft Polens. Damals, als die Warschauer Regierung, das willenlose Werkzeug des Ententeimperialismus, sich in ein militärisches Abenteuer zu stürzen bereit war, demonstrierten zehntausende Warschauer Arbeiter vor dem Gebäude des Sowjet-Gesandten und bekundeten ihre Sympathie für Sowjet-Rußland. So erfuhr das Weltproletariat: in Polen steht die revolutionäre Arbeiterschaft auf der Hut.

Die Schrift der beiden bekannten polnischen Genossen zeigt uns, welcher Art die Kommunistische Arbeiter-Partei Polens ist, zu deren Gründern noch Rosa Luxemburg und Leo Jogisches gehörten. Die Partei, die sich im Dezember 1918 konstituierte, hat einen Dornenweg hinter sich. Der polnische Staat, das morsche Gezücht einer Kriegsspekulation, ist bestrebt, in Niederhaltung des Proletariats, in scharfmacherischer Hetze gegen jede Befreiungsbewegung in keiner Weise hinter den anderen, mächtigeren kapitalistischen Ländern zurückzubleiben, ja sie sucht sie noch zu übertreffen. Polens Ausnahmegesetz gegen die Kommunisten bringt es in eine Reihe mit Horthy-Ungarn und Jugoslavien. Die kommunistische Bewegung Polens ist illegal und darin zeigt sich ihre Stärke. Polen, das Bollwerk der Weltreaktion, hat eine der stärksten Parteien der Kommunistischen Internationale.

Für den fremden, nichtpolnischen Leser, ist diese Schrift deshalb von besonderem Interesse, weil sie zeigt, was eine gesunde revolutionare Partei in Organisation, in illegaler Propaganda, in der Agitation in der Armee usw. zu leisten vermag. Ein besonders lehrreiches Kapitel der Geschichte der polnischen Partei stellt die Agitation gegen die Krieg dar, stand ja die ganze bisherige Tätigkeit der KAP. Polens unter dem Zeichen der Propaganda gegen den Krieg mit Sowjet-Rußland. Die Partei blieb in ihrer „hochverräterischen“ Stellung zum Kriege konsequent bis zum Schluß; umsomehr wurden die polnischen Sozialverräter der Pilsudski-Daszinski-Partei entlarvt und unmöglich gemacht.

Die ca. 100 Seiten starke Broschüre müßte von jedem strebendem revolutionären Arbeiter gelesen werden, der in ihr nicht nur Information, sondern auch manche taktische oder organisatoriche Anregung finden wird.

Fr. R.

*) Verlag Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 1921. 85 Seiten, Preis broschiert 7,— Mark, für Org. 5,— Mark.

Vom Tage

Autozusammenstoß. Berlin, 26. Februar. Heute nachmittag stießen auf der Chaussee Wannsee—Potsdam zwei Kraftwagen zusammen. Der Führer und Besitzer des einen, der Russe Skobeleff, ein Bruder des ehemaligen Ministers Skobeleff, erlitt tödliche Verletzungen. Er ist wenige Minuten nach seiner Aufnahme im Potsdamer Krankenhaus gestorben. Von den Insassen des anderen Autos erlitten drei Personen leichte Verletzungen bzw. Gehirnerschütterungen.

Aus der Provinz

An die Ortsgruppen der KPD.

Allen Ortsgruppen zur Kenntnis, daß im Monat Februar kein Fragebogen verschickt wird.

Der nächste Fragebogen erscheint im März und ersuchen wir alle Ortsgruppen, bis dahin ihre Mitgliederzahl genau festzustellen. Genossen: Werbt für die Partei und Eure Presse.

Die Bezirksleitung.

Die beleidigte Naumburger Justiz

Am 28. Juni v. J. veröffentlichten wir in der damals erscheinenden „Tribüne“ einen Artikel mit der Ueberschrift: „Ein sauberer Richter“. Der Artikel befaßte sich mit der Rechtsprechung des Naumburger Sondergerichts unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Hagen, der als Typ des kraß-reaktionären Justizbeamten bezeichnet wurde und der, wie es dort hieß, seinen Stolz dareinsetze, mit allen Mitteln zulässiger und unzuverlässiger Zeugeneinschüchterung Verurteilungen aussprechen zu können, wobei er in diesem seinen „staatserhaltenden“ Bemühen selbst vor offenbarer Rechtsbeugung nicht zurückschrecke. Zum Nachweis der Rechtsbeugung wurde ein Fall angeführt, in dem eine Verurteilung zu Zuchthaus erfolgt sei, obgleich der Belastungszeuge, auf den sich die Anklage im wesentlichen gestützt habe, seine Aussage unter dem Eide widerrufen habe und noch neue andere Entlastungszeugen für den Angeklagten aufgetreten seien. Weiter wurde ausgeführt, daß das Treiben des Herrn Hagen nichts als Ausfluß blinder Wut und blinden Hasses gegen Proletarier sei, daß das Treiben der Richter vom Schlage Hagens selbst das schände, was der Klassenstaat als Recht bezeichne, und daß er nicht verhandle, um die Wahrheit zu erforschen, sondern um Vorwände für Zuchthausurteile zu finden.

Wegen dieses Artikels ist vom Landgerichtsdirektor Hagen sowohl wie auch von dem Präsidenten des Landgerichts in Naumburg Strafantrag gestellt worden gegen den Genossen Kilian, der damals für die „Tribüne“ verantwortlich zeichnete. Der Oberstaatsanwalt in Halle hat daraufhin beim Preußischen Landtag Antrag gestellt auf Genehmigung zur strafrechtlichen Verfolgung des Abg. Genossen Kilian wegen Beleidigung durch die Presse. Mit der Angelegenheit hat sich nun der Geschäftsordnungsausschuß des Preußischen Landtags beschäftigt. Der Berichterstatter meinte, in dem in Rede stehenden Artikel seien allerdings recht harte Ausdrücke gebraucht, aber der ganze Artikel habe doch einen Beigeschmack politischer Preßfehde. Er beantragte, die nachgesuchte Genehmigung des Hallischen Oberstaatsanwalts nicht zu erteilen.

In der gleichen Sitzung des Geschäftsordnungsausschusses lag ein zweiter Strafantrag des Oberstaatsanwalts in Halle vor. Es handelt sich dabei um einen in der „Tribüne“ vom 22. Juli 1921 erschienenen Artikel: „Wie die Amnestie durchgeführt wird“. Dieser Artikel enthalte, wie der Ausschußbericht besagt, Beleidigungen des Gerichtsassessors Messow mit Beziehung auf die Führung seines Amtes als Richter. Er werde als „einer der berüchtigsten Blutrichter“ bezeichnet. Auch in diesem Falle beantragte der Berichterstatter Abweisung des oberstaatsanwaltlichen Antrages auf Strafverfolgung. Der Geschäftsordnungsausschuß des Preußischen Landtags beschloß nach den Vorschlägen des Berichterstatters und beantragt demgemäß: Der Landtag wolle beschließen: Die Genehmigung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abgeordneten Kilian wegen Pressebeleidigung wird versagt.

Diesen Reinfall hätten sich Oberstaatsanwalt, Landgerichtsdirektor und Landgerichtspräsident sparen können. Sie mußten wissen (und sie wissen es auch ganz genau), daß unsere Auseinandersetzungen mit den Vertretern der heutigen „klassischen“ Justiz rein politisch bewertet werden müssen. Das haben selbst aus den Kreisen eines Hagen stammende Mitglieder des Geschäftsordnungsausschusses eingesehen und daher für Ablehnung des Antrages gestimmt. Sollten die Justizvertreter in Naumburg und Halle weniger helle sein? Nach dem bisherigen Brauch steht zu erwarten, daß auch das Plenum des Preußischen Landtags die beantragte Strafverfolgung ablehnen wird. Die beleidigte Justiz wird sich also noch etwas gedulden müssen.

Giesten

Zur Nachahmung empfohlen! Bei der letzten Veranstaltung des Billardklubs „Springer“ wurde eine Sammlung für die politischen Gefangenen veranstaltet, die den Betrag von 150 Mark ergab. Der Klub legte noch 40 Mk. dazu, so daß die Gesamtsumme 190 Mk. beträgt.

Sangerhausen

Im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochen wurde von der Strafkammer Nordhausen der Schlosser Otto Graßmann aus Sangerhausen. Er war vom Ausnahmegericht am 14. Juni 1921 wegen „Aufruhrs“ und „Vergehens gegen das Entwaffnungsgesetz“ zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden. Jetzt ergab sich seine Schuldlosigkeit. Damit ist der Ausnahmejustiz wieder einmal das Urteil gesprochen.

Die Sitzung

D. Allgemein sind die Klagen über die Arbeitsüberbürdung der im Vordergrunde der Bewegung stehenden Genossen. Ein gut Teil ihrer Zeit bringen sie in Sitzungen zu. Läßt sich da sparen? Ja! Nicht so, als ob die Arbeit in ihrer Summe verringert werden könnte. Im Gegenteil, die Summe der Arbeit und vor allem die Summe ihrer Resultate muß sich steigern, wenn die Partei ihren Aufgaben gerecht werden will. Das ist aber nur möglich, wenn die aufgewendete Zeit zu den Resultaten ins Verhältnis gesetzt und die Frage praktisch beantwortet wird, wie mit geringerem Zeitaufwand dieselben und größere Resultate erzielt werden können. Je größer der Kräftemangel ist, um so sorgsamer muß die Oekonomie der Parteiarbeit betrieben werden. Bisher jedoch kann durchweg von Oekonomie kaum gesprochen werden.

Betrachten wir in diesem Zusammenhang die zahlreichen Sitzungen, so müssen wir zugeben, daß meist die Planlosigkeit mehr oder weniger vorherrscht.

Zunächst ein Hauptübel: die Unpünktlichkeit. Das Uebel ist alt und scheinbar nicht auszurotten. Aber müssen und wollen wir nicht größere Widerstände überwinden, um nur die großen Aufgaben der nächsten Zukunft zu erfüllen? Können wir nur dann pünktlich sein, wenn das auf die Minute berechnete Getriebe des kapitalistischen Betriebes uns zwingt? Wir stehlen uns und anderen vielbeschäftigten Genossen die Zeit, wenn wir unpünktlich erscheinen, was nicht weniger heißt, als daß wir die Partei schädigen. Rechnen wir die Stunden zusammen, die eine mehrköpfige Körperschaft im Laufe einiger Zeit durch unpünktlichen Sitzungsbeginn nutzlos verliert, so ergibt sich ein bedenkliches Resultat. Solch unproduktivem Kräfteverbrauch muß gesteuert werden. Wenn ein Teil der Beteiligten, mag er sich auch zunächst in der Minderheit befinden, den pünktlichen Beginn zäh durchsetzt, wird das Uebel bald verschwinden. Alle schlechten Erfahrungen, an denen es natürlich auch bei diesem Kampf nicht fehlt, lassen sich auf die unangebrachte Nachgiebigkeit zurückführen.

Keine vielbeschäftigte Körperschaft kann ohne Tagesordnung auskommen. Die parlamentarische Ordnung der Beratungsarbeit läßt sich nicht entbehren. Wie oft aber wird die Tagesordnung nicht eingehalten, bei einem Punkt manchmal deswegen, weil keine Tagesordnung vorhanden ist und niemand weiß, was nachher noch „herankommen“ wird, wird alles Mögliche vorgebracht, man kommt „vom Hundertsten ins Tausendste“. Das ist Zeitverschwendung und das unsinnige Gegenteil von Oekonomie. Die Tagesordnung muß in der Regel den Teilnehmern mit der Einladung zugehen, so daß sie sich auf die Gegenstände vorbereiten können. Vorlagen und Anträge sind möglichst mit der Tagesordnung zu überreichen oder — wenn das nicht möglich ist — spätestens vor der Sitzung den Teilnehmern schriftlich bekanntzugeben. Ebenso kann man vielfach mit Berichten verfahren, wenn nicht besondere Umstände ihre schriftliche Fixierung verbieten. Das alles wird die Debatten wesentlich abkürzen, wird ihnen einen festen Kern und Ziel und Richtung geben. Von jedem Teilnehmer muß verlangt werden, daß er sich vorher mit der Tagesordnung beschäftigt und eventuelle Anträge nicht erst in den Sitzungen mündlich vorbringt, sondern sie bereits auf dem Papier hat. Vorsitzender oder Schriftführer sind nicht dazu da, anderen Teilnehmern die Anträge zu formulieren. Neue Gegenstände werden nur dann noch zur Tagesordnung zugelassen, wenn sie unaufschiebbar sind.

Die einzelnen Tagesordnungspunkte müssen vorbereitet sein. Der den Gegenstand behandelnde Genosse trägt knapp und doch lückenlos die Sache vor, damit er zur Aufklärung von Mißverständnissen und zur Ergänzung nicht mehrmals das Wort ergreifen muß. Hat die Mehrheit die Sache „kapiert“, so kann man sich lange Ausführungen, um vereinzelte Einwände zu widerlegen, ersparen, denn jede gute Sache trägt ihre Rechtfertigung in sich und überzeugt, wenn nicht sofort, so durch ihren Erfolg.

Weit ausholende Reden zu nebensächlichen Dingen und erst recht breit ausgesponnene Wiederholungen soll man sich nicht immer wieder geduldig anhören, sondern den Redestrom zu hemmen versuchen. Empfindlichkeiten verlieren sich nicht, wenn man sie stets ängstlich schont. Dann gibt es auch eine selbstgefällige, manchmal krankhaft nach einer Möglichkeit des Widerspruchs suchende Pedanterie, die sich nicht überzeugen lassen, sondern diskutieren will. Dafür ist in Sitzungen, die der Parteiarbeit gewidmet sind, kein Platz. Es hat keinen Zweck, sich bei dem Versuch der Widerlegung so gearteter Einwände lange aufzuhalten.

Mehr als die Hälfte der Arbeit kann meist und soll vor der Sitzung geleistet werden. Je besser eine Sitzung vorbereitet ist, um so schneller wird der Stoff aufgearbeitet sein. Die Vorbereitung ist die ungestörte Arbeit einzelner. Welcher Unfug ist es, die mangelnde Vorbereitung in Anwesenheit einer Personenmehrheit nachholen zu wollen. Das ist eine Verschwendung von Zeit und Kraft, die wir uns nicht leisten können. Man stelle sich einen Kongreß vor, der planlos arbeiten wollte. Er würde nicht fertig werden und wahrscheinlich resultatlos auseinanderlaufen. Die Sitzung ist im Wesen dasselbe.

Bei sinnvoller Zeit- und Arbeitsteilung werden die mehr nebengeordneten und organisatorischen Beschlüsse schnell erledigt sein und die politische Körperschaft — denn um solche handelt es sich überall in der Partei — wird Zeit gewinnen für politische Aussprachen, die die Arbeit tief verwurzeln, über den Tag hinaus in die Zukunft weisen und auf neue Aufgaben vorbereiten. Es wird der Menge wie dem inneren Gehalt nach mehr geleistet.

Und wenn ganz ersparte Stunden dabei gewonnen werden, so sind sie ein nicht minder großer Gewinn, denn jeder tätige Genosse braucht Zeit, um an seiner Fortbildung zu arbeiten und auch die laufenden Veröffentlichungen zu studieren, die heute leider manche Genossen ungelesen beiseite legen müssen. Schließlich ist es uns allen dienlich, wenn wir bei jeder Arbeit uns selbst zur Oekonomie erziehen, wir werden planvolles und entschiedenes Handeln in großen Dingen noch bitter nötig haben und müssen im kleinsten beginnen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220227-16/fragment/page=0003

Genosse, zur Aufklärung!

Erst dann bist Du Mitglied der Produktiv-Genossenschaft, wenn Du einen Anteilschein von 100 Mk. gezeichnet hast, eher nicht! Das bedenke, und deshalb zeichne den Rest zum Anteil. Das Bureau der Produktiv-Genossenschaft, Lerchenfeldstraße Nr. 14, ist wochentags geöffnet von 9 bis 6 Uhr.

K ☆ P ☆ D

Kommunistische Partei Deutschlands.

Bezirksleitung für Halle-Merseburg.

Bureau und Kasse: Lerchenfeldstraße 14. Fernsprecher: 1473. Postscheckkonto Leipzig 107001, Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachm. geschlossen.

Versammlungen.

Ortsverein Halle.

Bureau: Lerchenfeldstraße 14, Fernspr. 1473. Geschäftszeit: Täglich 8 bis 1 und 4 bis 7 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Die Sitzung aller kommunistischen Transportarbeiter findet nunmehr am **Dienstag**, dem 28. Februar, abends 7½ Uhr, (nicht Montag) im „Volkspark" statt.

Kommunistische Metallarbeiter. Mittwoch, den 1. März, abends 7½ Uhr, in der „Produktivgenossenschaft" (Saal): **Sitzung.**

Zentralverband der Maschinisten und Heizer. Alle in diesem Verband organisierten Kollegen treffen sich zu einer **wichtigen Besprechung** am Donnerstag, dem 2. März, abends 7½ Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft".

Verband der Zimmerer. Die kommunistischen Baudelegierten haben Freitag, den 3. März, abends 7½ Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft" eine **wichtige Besprechung.**

Unterbezirk Halle-Saalkreis.

Ammendorf. Montag, den 27. Februar, abends 7 Uhr, in „Teichmanns Hotel": **Diskussionsabend.** Alle Funktionäre der Partei und anderen Organisationen (Gewerkschaft, Genossenschaft usw.), Gemeindevertreter haben zu erscheinen.

Löberitz bei Zörbig. Dienstag, den 28. Februar, abends 7½ Uhr, im Gasthof: **Oeffentl. Versammlung.** Thema: „Die gegenwärtige wirtschaftliche und politische Lage". Ref.: Gen. Riebenstahl (Halle).

Dölau. Dienstag, den 28. Febr., abends 8 Uhr, im Gasthof Dierschke: **Funktionär-Sitzung.** Wichtige Tagesordnung.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg.

Delitzsch. Mittwoch, den 1. März, abends ½8 Uhr, im „Lindenhof": **Mitglieder-Versammlung.** Thema: Endgültige Stellungnahme zur Stadtverordnetenwahl.

Unterbezirk Mansfeld.

Klostermansfeld. Mittwoch, den 1. März, abends 8 Uhr, im Lokal des Gen. Deutsch: **Frauenabend.** Wichtige Tagesordnung.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt.

Merseburg. Dienstag, den 28. Februar, abends 8 Uhr, in der „Funkenburg": **Frauenleseabend.** Alle Genossinnen müssen erscheinen.

Unterbezirk Naumburg-Weißenfels-Zeitz.

Weißenfels. Metallarbeiter. Montag, den 27. Februar, abends 8 Uhr, im „Bügelsteiner Krug", Naumburger Straße: **Fraktionssitzung.**

Zeitz. Dienstag, den 28. Februar: **Oeffentliche Versammlung.** Thema: Massennöte und Massenkämpfe des Proletariats. Referent: Genosse Koenen, M. d. R.

Unterbezirk Sangerhausen.

Sangerhausen. Dienstag, den 28. Februar, abends 8 Uhr: **Versammlung aller kommunistischen Metallarbeiter und Kartelldelegierten** in Hermanns Lokal.
Mittwoch, den 1. März, abends 8 Uhr, in der „Bierhalle": **Mitgliederversammlung.**

Obersdorf. Dienstag, den 27. Februar, abends 7½ Uhr, im Kimmemanschen Lokal: **Oeffentl. Volksversammlung.** Thema: Die wirtschaftliche Lage und die Streikbewegung. Referent: Genosse Hempel.

Deutscher Metallarbeiterverband Verwaltung Halle a. S.

Dienstag, den 28. Februar, abends 7 Uhr,
803 im „Volkspark", Burgstraße 27:

Sitzung

unserer Betriebsratsmitglieder u. Vertrauensmänner.

Ohne Mitgliedsbuch oder Ausweis des DMV. kein Einlaß.

Die Kollegen werden um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht **Die Ortsverwaltung.**

Der Untergrundbahnhof Halle
wird **eröffnet** am *177
28. Febr. (Fastnachtsdienstag) im „Zoo",
abends 10 Uhr 30 Minuten.
Beginn der **Einweihungsfeier** pünktlich 8 Uhr.
Festkarte 30 Mark.

Ausschneiden!

Genossinnen u. Genossen!
Unterstützt bei allen Einkäufen nur „Klassenkampf"-Inserenten. Gebt diese stille Antwort an der Geschäftskasse ab:

Weil Ihre Firma im „Klassenkampf" inseriert, decken wir unsere Einkäufe bei Ihnen.

Etwa 200000 Mark Preise u. Prämien

werden verteilt beim großen Propaganda-Werbe-Ausschreiben für
Schuhputz Nigrin und **Seifenpulver Schneekönig.**

Verlanget beim Händler kostenlos Werbebogen. *173 Schluß der Bewerbung 31. März 1922.

Schlafzimmer
echt Eiche und gestrichen.
Kompl. Küchen-einrichtungen
in weiß, gelb und grau, sowie **einzelne Möbel,** verkauft preiswert
Max Jungblut,
Möbelgeschäft, 802
Albrechtstraße **37.**

Asthma
kann geheilt werden. Sprechstunden in **Halle a. d. S., Magdeburger Str. 60, II Tr.** jeden Sonnabend v. 10—1 Uhr.
Dr. med. Alberts,
Spezialarzt, Berlin **SW** 11.

Gold-, Silber-, Platin-Bruch
und 800
Gegenstände
kauft zu höchsten Preisen
Otto Ursin,
Uhrmacher, Sternstr. 6.

90 **Läuse**
Wanzen, Flöhe, Ungeziefer vertilgt sofort bei Mensch und Tier, 100000 mal bewährt, **„Riesolda"**, ges. gesch. Verk. nur **Schnrig, Steinweg 10.**

Werbt für den „Klassenkampf"

Ist mein Lohn-Steuer-Abzug richtig?
Allgemein verständliche Darstellung der am 1. Januar 1922 in Kraft getretenen gesetzlichen Bestimmungen.
Preis 1,50 Mk., Porto 50 Pf.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung
Halle a. S., Harz 42/44.

Schulgeld-Erhebung.

Das Schulgeld für die städtischen Schulen wird im Schuljahre 1922 in Höhe der jeweiligen staatlichen Sätze und nach staatlichen Bestimmungen erhoben werden.

Das Schulgeld beträgt jetzt an den staatlichen höheren Lehranstalten für ein einheimisches Kind 500 Mk. und für ein auswärtiges Kind 600 Mk. jährlich.

Für die Mittelschulen ist durch Ministerial-Erlaß ein Schulgeld von jährlich mindestens 300 Mk. für ein einheimisches Kind vorgeschrieben. Eine wesentliche Erhöhung der vorstehenden Sätze ist jedoch für das neue Schuljahr zu erwarten.

Halle, den 20. Februar 1922. 801

Der Magistrat.

Stadt-Theater.
Heute, Montag, den 27. Febr. Anf. 7½ Uhr, Ende 9¾ Uhr.
Oberst Chabert.
Musiktragödie von Waltershausen.
Dienstag, den 28. Februar, Anf. 7½ Uhr, Ende 9¾ Uhr:
Liebe u. Trompetenblasen.
Lustspiel v. Sturm u. Bachwitz.
804 Mittwoch:
Nichtöffentliche Vorstellung

Operetten-Theater
Letzte Woche.
Allabendlich 7½ Uhr:
Förster-Christl.
Kasse ab ½10 Uhr ununterbrochen geöffnet.
808 (Fernruf 6183).

Ehrenerklärung.

Ich erkläre hiermit die Frau **Anna Kluge** aus **Morl** für eine anständige und ehrenhafte Frau. Nehme hierdurch meine Beleidigung für unwahr zurück. 868

Frau Margarete Finke Morl.

C.T. Licht-Spiele gr. Ulrichstr. 51.

Erstaufführung
Der Roman einer armen Sünderin
Haup rolle **Lee Parry** Regie **Rich. Eichberg**
in 6 spannenden Akten.
Ferner: 806
Verwechselte Verwechslung
2 Akte mit Karl V. Plagge.
Außerdem der
wunderbare Münchener Bilderbogen 1 Akt.
Beg. tägl.: 4.00 6.15 8.30

Walhalla-Lichtspiel-Theater.

Zeitgemäße u. Staunen erregende Enthüllungen bringt der Schünzelfilm:
Das Geld auf der Straße
Darstellung und Spiel. Der Schieber u. Spekulant unübertroffen!
Dazu:
Der Mord in der Greenstreet
Kriminalfilm aus den dunkelsten Teilen Londons.

Dieses Programm läuft nur noch bis inkl. 1. März, da am 2. März
Vortrag
des Herrn Dr. **Rudolf Steiner** vor der Anthroposophischen Gesellschaft, Halle, stattfindet. 807

U.T.
Versäumen Sie nicht
die großartigen Programme der beiden U.-T.-Lichtspielhäuser
805
Leipziger Str. 88:
Kinder der Finsternis
2. Teil:
Kämpfende Welten.
5 spannende Akte, und das ausgezeichnete Lustspiel:
Der Ehekrüppel.

Alte Promenade 11a:
Das große Filmwerk:
Frau Dorothys Bekenntnis.
Eine abenteuerliche Angelegenheit in 5 Akten mit **Lucie Doraine.**
Charlie Chaplin in der Groteske:
Chaplin hat'n Schwips.
Der Schwank:
Lehmanns Geheimnis.
Beginn in beiden Theatern: Wochentags 4 Uhr.

Alle Sorten
Möbel u. Federbetten
verkauft zu billigen Preisen
Frau Thormann,
856 **Spitze 13.**

Ansichtspostkarten empfiehlt die **Volksbuchhandlung.**

Lichtspiele Piesteritz.
Montag — Donnerstag:
Der große Film
Die Nacht ohne Morgen
nach dem gleichnamigen Roman von **Paul Rosenhayn.** In den Hauptrollen: **Hans Mierendorf, Hanni Weiße, Köpler, Rehkopf, Killisch.**
158 Anfang der Vorführungen 8 Uhr.

Geschenke an die schulentlassene Jugend.

Die „Klassenkampf"-Ausgabestellen

empfehlen folgende wertvollen Bücher:

Schwarzkopf: Die Schwelle . . .	Geb. Mk.	12,50
Graf: Ins Leben hinein . . .	Geb. Mk.	8,00
John: Ueber See und Heide. Fahrten und Wanderungen . . .	Mk.	8,00
Hackmak: Arbeiterjugend u. Sexuelle Frage	Mk.	5,00
Schoenlank: Gesänge der Zeit . . .	Mk.	1,50
Schoenlank: Blutjunge Welt . . .	Mk.	2,00
Schoenlank: Erlösung, ein Weihspiel . .	Mk.	3,00
Schoenlank: Brennende Zeit. Tragödie in 3 Aufzügen . . .	Mk.	3,00
Negri: Mutterschaft. (Soziale Gedichte.)	Mk.	4,00
Grottewitz: Sonntage eines Großstädters in der Natur . . .	Geb. Mk.	9,00
Arbeiter-Liederbuch . . .	Mk.	2,00
Proletarier, singe . . .	Mk.	3,00
Jugend-Liederbuch . . .	Mk.	4,00
Volks-Liederbuch . . .	Mk.	9,00
Böttcher: Spielbuch . . .	Mk.	4,00
Freiligrath: Neue Gedichte . . .	Mk.	2,40
Storm: Pole Poppenspäler . . .	Mk.	3,50
Schiller: Die Räuber . . .	Mk.	3,00
Stifter: Bunte Steine: Bergkristall . .	Mk.	2,00
Gerstäcker: Der Schiffszimmermann . .	Mk.	1,00
Frohes Wandern: Anleitung und Winke für Wanderfahrten . . .	Mk.	3,50
Tepp: Frühling und Sommer, neue Volkstänze . . .	Mk.	8,50
Rühle: Die Erziehung zum Sozialismus	Mk.	3,00
Sinclair: Jimmy Higgins . . .	Mk.	25,00
Sinclair: 100% . . .	Mk.	18,00
Sinclair: König Kohle . . .	Mk.	14,00
Wendel: Heinrich Heine, Sein Leben . .	Mk.	9,00
Nordische Novellen . . .	Mk.	12,00
Heinrich Heine: Wir weben . . .	Mk.	10,00
Heinrich Heine: Buch der Lieder . . .	Mk.	11,00
Greinz: Tiroler Bauernbibel . . .	Mk.	17,00
Mehring: Schiller. (Ein Lebensbild) .	Mk.	8,00
Jung: Proletarier . . .	Mk.	5,00
Scheffel: Ekkehard . . Gut gebunden	Mk.	20,00
Twain: Huckleberry Finns, Tom Sawyers Abenteuer . . .	Mk.	15,00
Gorki: Wie ein Mensch geboren ward .	Mk.	22,00
Gorki: Der Spitzel . . .	Mk.	44,00
Gorki: Meine Kindheit . . .	Mk.	33,00
Bebel: Aus meinem Leben. Drei Bände	Geb. Mk.	75,00
Bildermappen: (Bilder der Arbeit, Städtebilder, Landschaftsbilder) . . je	Mk.	5,00
Käthe-Kollwitz-Mappe . . .	Mk.	80,00
Bilder von A. E. Seemann . . .	Mk.	6,00
Andersen Nexö: Pelle, d. Eroberer. 2 Bände	Mk.	65,00
Nylander: Seevolk . . .	Mk.	20,00
Nylander: Schoner Lizzie Gray . . .	Mk.	20,00
Nylander: Signal PH . . .	Mk.	20,00
Aanrud: Mari Smehaugen 16 Bauerngeschichten . . .	Mk.	20,00
Skoldbourgk: Das neue Geschlecht . .	Mk.	11,00
Jahnson: Die Spekulanten Gosta Negra, Abenteurer-Roman . . .	Mk.	25,00
Molin: Nordlandserzählungen . . .	Mk.	16,00
Lie: Eine neue Geschichte . . .	Mk.	16,00
Kielland: Zwei Brüder . . .	Mk.	20,00
Eyth: Hinter Pflug und Schraubstock . .	Mk.	55,00
Eyth: Aus dem Wanderleben eines Ingenieurs . . .	Mk.	3,00
Eyth: Wahrheit und Dichtung im Lande der Pharaonen . . .	Mk.	3,00
Blos: Badische Revolutionsgeschichten. In Leinen gebunden	Mk.	5,00
Hedin: Abenteuer in Tibet . . .	Mk.	20,00
Scott: Letzte Fahrt . . .	Mk.	20,00
v. Runsel: Sonnenländer . . .	Mk.	20,00
Ernst: Asmus Sempers Jugendland . .	Mk.	31,00
Avenarius: Hausbuch Deutscher Lyrik .	Mk.	50,00
Avenarius: Balladenbuch. In Leinen geb.	Mk.	35,00
Avenarius: Das fröhliche Buch. In Halbl.	Mk.	50,00
Korolenko: Die Geschichte meines Zeitgenossen. Zwei Bände . . .	Mk.	65,00
Mehring: Deutsche Geschichte . . .	Mk.	15,00
Brand: Ulenbrook . . .	Geb. Mk.	12,00
Brand: Das heilige Feuer . . .	Mk.	12,00
Diederich: Von unten auf. Revolut. Gedichte	Geb. Mk.	30,00
Engels: Der Ursprung der Familie . .	Mk.	20,00
Engels: Bauernkrieg . . .	Mk.	8,00
Morris: Kunde von Nirgendwo . . .	Mk.	12,00
Schikowski: Sittenbilder aus der franzöf. Revolution . . .	Mk.	8,00
Simon: Die Gesundheitspflege d. Weibes	Mk.	12,00
Deutsch: Sechszehn Jahre in Sibirien .	Mk.	30,00
Deutsch: Viermal entflohen . . .	Mk.	22,00
Reimer: Ein Gang durch d. Wirtschaftsgesch.	Mk.	24,00
Bellamy: Ein Rückblick aus dem Jahre 2000	Mk.	12,00
Belli: Die rote Feldpost und anderes. .	Mk.	10,00
Jürgen Brand: Gerd Wullenweber, Die Geschichte eines jungen Arbeiters . . .	Mk.	10,00
Liebknecht: Fremdwörterbuch . . .	Mk.	40,00
Linke: Ist die Welt bewohnt? . . .	Mk.	10,00
Reitz: Die Bakterien . . .	Mk.	10,00
Linke: Kann die Erde untergehen? . .	Mk.	10,00
Bommeli, R.: Die Geschichte der Erde, 1. Teil: Wie Berg und Tal entstehen .	Mk.	10,00
Bommeli, R.: Die Geschichte der Erde, 2. Teil: Die Weltalter . . .	Mk.	10,00
Bommeli, R.: Die Geschichte der Erde, 3. Teil: Riesen und Drachen d. Vorzeit	Mk.	10,00
Cunow: Die Technik in der Urzeit. 1. Teil: Das Feuer; Der Wohnungsbau. 2. Teil: Nahrungsbeschaffung u. Ernährung. 3. Teil: Entstehung der Waffen. Körperschmuck. Die Technik der Bekleidung. Jeder Teil	Mk.	10,00
Reitz: Die Chemie im Alltag . . .	Mk.	10,00
Lipschütz: Die Arbeit der Muskeln . .	Mk.	10,00
Mehring: 1807—1812: Von Tilsit nach Tauroggen . . .	Mk.	10,00
Mehring: 1813—1819: Von Kalisch nach Karlsbad . . .	Mk.	10,00
Huckleberry Finns Abenteuer u. Fahrten	Mk.	9,00
Falkenberget: Minenschüsse u. Fackelbrand, Erzählung eines norwegischen Grubenarbeiters . . .	Mk.	18,00
Falkenberget: In der äußersten Finsternis. Bergarbeiter-Roman . In Halbleinen	Mk.	20,00
Falkenberget: Fimbulwinter und andere Novellen . . .	Mk.	18,00

Zu beziehen durch die
Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H.
Abteilung:
Bezirks-Zentralbuchhandlung, Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14
und deren Filialen:

Halle a. d. S., Volksbuchhandlung, Harz 42/44,
Merseburg, Volksbuchhandlung, Markt 7,
Eisleben, Volksbuchhandlung, Breiter Weg 8,
Zeitz, Volksbuchhandlung, Bismarckstraße 4,
Naumburg, Buchhandlung Frau Heese, Michaelisstraße 26,
Weißenfels, Volksbuchhandlg., Dammstraße 18,
Helbra, K. Burghardt, Bolzenschächterstraße 4.

Wittenberg. 159

Verloren

1 schwarzbrauner Herrenmantel

auf dem Wege vom Markte bis zur Eichstraße. Gegen hohe Belohnung abzugeben in der Geschäftsst. d. „Klassenkampfes".

Bekanntmachung.

Vom Tage der Bekanntgabe dieser Verordnung dürfen Fuhren (Mengen über 20 Zentner) Briketts von den Kohlenhändlern aus den mit der Bahn hereingenommenen Mengen, soweit diese im Einzelhandel nicht haben abgesetzt werden können, mit Genehmigung der Ortskohlenstelle, wieder gefahren werden. 66

Eisleben, den 25. Februar 1922.

Der Magistrat.

Zurückgekehrt vom Grabe unseres lieben Entschlafenen, sagen wir allen, die ihm die letzte Ehre erwiesen durch Kranzspenden und Geleit unseren herzlichsten Dank. Besonders Dank dem Genossen Menzel für seine erhebende Grabrede und der Freidenkergruppe.

Eisleben, im Februar 1922.

Die trauernden Hinterbliebenen:
Witwe Schade
nebst Kindern und Enkeln.

Lieber Vater!
Für Freiheit und Recht
Hast Du so lang gekämpft.
Es war Dein Wunsch,
Die Freiheit zu erleben,
Deine Kinder werden
Dies nicht vergessen,
Weiter zu kämpfen
Für Freiheit und Recht. 67

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220227-16/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Halle, den 27. Februar 1922

Eine Straßenbahnfahrt 1,50 Mk.

Wir haben bereits am Sonnabend kurz darauf hingewiesen, daß die Straßenbahntarife ganz gewaltig erhöht werden sollen. Der heute stattfindenden außerordentlichen Sitzung der Stadtverordneten schlägt der Magistrat folgende Erhöhung der Fahrpreise vor, die morgen, am 1. März, in Kraft treten sollen:

Für 2 Teilstrecken	1.50 Mark	(bisher 1,— Mark)
„ 3 „	2,— Mark	(bisher 1,20 Mark)
„ mehr als 3 Teilstrecken	2,50 Mark	(bisher 1,50 Mark)
Fahrscheinhefte für 2 Teilstrecken (11 Fahrsch.)	13,50 Mark	(9 Mark)
„ für 3 „ (11 Fahrsch.)	20,— Mark	(12 Mark)
„ für mehr als 3 Teilstr. (11 Fahrsch.)	25,— Mark	(15 Mark)
Steuerfreie Wochenkarten für Arbeiter	18 Mark	(bisher 12 Mark)
Steuerpfl. „ für sonst. Personen	19 Mark	(bisher 13 Mark)
Schülerwochenkarten	8 Mark	(bisher 6 Mark)
Monatskarten für das gesamte Netz	140 Mark	(bisher 90 Mark)

Zum soundsovielten Male wiederholt sich dieser Kreislauf. Eine Besserung aber hat er bisher weder bei den Gemeindefinanzen noch in der Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung gebracht. Im Gegenteil. Es geht immer mehr bergab. Trotzdem werden die bürgerlichen Hilflosigkeitspolitiker diesen Weg fortsetzen, bis, ja bis die Proletariermassen diesen ungesunden Kreislauf des niedergehenden deutschen Wirtschaftslebens zerreißen.

Zu den Neuwahlen der Betriebsräte

Gemäß dem Aufruf der Betriebsrätezentrale vom 14. Februar, sollen die Betriebsrätewahlen in Halle und im Saalkreis bis zum 15. April durchgeführt werden. Indem wir nochmals darauf hinweisen, richten wir insbesondere an die Kollegenschaft in denjenigen Betrieben, wo trotz der Voraussetzungen dazu keine Betriebsvertretungen bestehen, das dringenste Ersuchen, die Wahl einer Betriebsvertretung — Betriebsrat oder Betriebsobmann — vorzunehmen. Wo keine Betriebsvertretung besteht, entbehren die Arbeitnehmer des Schutzes, der ihnen durch das Betriebsrätegesetz zugebilligt wurde.

Ueber die Einleitung und Durchführung der Wahlen gibt ein Merkblatt, das im Arbeitersekretariat erhältlich ist, genauen Aufschluß. Ebenso sind im Sekretariat Vorschlagslisten und Wahlausschreiben kostenlos zu beziehen.

Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale Halle a. S. Harz 42-44 I.

Parteinachrichten

Eine Bezirksleitungssitzung

findet am Mittwoch, dem 1. März, nachmittags 5 Uhr, in der Produktivgenossenschaft statt.

Lohnerhöhungen im Handels- u. Transportgewerbe

Zwischen dem Deutschen Transportarbeiterverband, Verwaltungsstelle Halle, und dem Arbeitgeberverband für das Handels- und Transportgewerbe ist eine neue Vereinbarung zustande gekommen, wonach die seit 1. Januar 1922 geltenden Tariflöhne allgemein zum 1. März eine Erhöhung wie folgt erfahren:

Alle männlichen Beschäftigten bis zu 18 Jahren für die Woche 30 Mk. oder 65 Pf. für die Stunde, von 18 bis 22 Jahren für die Woche 60 Mk. oder 125 Pf. für die Stunde, von über 22 Jahren für die Woche 90 Mk. oder 190 Pf. für die Stunde. Kraftwagenführer ohne Altersunterschied für die Woche 90 Mk. mehr. Alle weiblichen Beschäftigten im Alter bis zu 18 Jahren für die Woche 20 Mk. oder 45 Pf. für die Stunde, von 18 bis 22 Jahren für die Woche 40 Mk. oder 85 Pf. für die Stunde, von über 22 Jahren für die Woche 60 Mk. oder 125 Pf. für die Stunde. Weibliche Beschäftigte im Tagelohn für den Tag 10 Mk. mehr. Die Auslösungsvergütung bei Arbeiten außerhalb ist um 25 Prozent erhöht.

Das Vereinbarte wird in einem Nachtrag festgelegt, welcher nebst Mantelvertrag und Grundlohntarifen an Interessenten im Arbeitgeberbureau, Große Ulrichstraße 10, und im Bureau des Deutschen Transportarbeiterverbandes, Dryanderstraße 10, zu erhalten ist.

Die Mitglieder des Deutschen Transportarbeiterverbandes werden ersucht, diese Lohnerhöhung ab 1. März 1922 überall anzufordern. Wo sich daraus Differenzen ergeben, sind diese sofort dem Verbandsbureau des Deutschen Transportarbeiterverbandes zu melden.

„Der Handgranatensozialismus als Wissenschaft“

Von einigen Hörern des Schoenlank-Kursus an der Volkshochschule wird uns auf einen Artikel der Stinnesschen „Allgemeinen Zeitung“ folgendes geschrieben:

Sich mit Menschen herumzuschlagen, die böswillig verleumden und beschmutzen, lohnt wirklich nicht. Als der Kursus Schoenlank an der Volkshochschule Halle eingerichtet wurde, war es für uns selbstverständlich, daß nur eine sachliche und grundsätzliche Diskussion im Interesse der Volkshochschule, wie im Interesse einer kritisch-objektiven Beurteilung des Vortrages liegen kann. Der gleichmäßig gute Besuch und die regen, aber sachlichen Diskussionen beweisen, daßt de Vortragende zu ernsten und denkenden Menschen spricht.

Daß nun ein einzelner — „Herr“ Dr. Wichmann — durch Anpöbelung der Zuhörer vor allem die letzte Veranstaltung störte, ist sehr zu bedauern, zumal dieser Herr als Vortragender an der Volkshochschule damit beweist, was für unsachliche und unreife Menschen als Lehrer noch heute an der Volkshochschule tätig sind. Jeder von den Zuhörern, der den Aufsatz unter obiger Ueberschrift in der Nr. 55 der „Allgemeinen Zeitung“ liest, wird entsetzt darüber sein, wie man sich — „verhören“ kann. Wir glauben, daß die Hörer — auch wenn (nach Aussage Wichmanns) diese, die sich aus allen Volkskreisen zusammensetzen, ein Brett vor dem Kopfe haben — sie doch ohne Mühe vor einem derartigen Lügen- und Entstellungs-Fabrikat die Wahrheit erkennen werden. Wir lehnen es aus diesem Grunde ab, näher auf das Geschreibsel hier einzugehen.

Nur eins: Daß die Volkshochschule auch für jugendliche Personen da ist, kann ein Doktor natürlich nicht begreifen. Er weiß nur, daß es sich mit 17 Jahren auf dem „Feld der Ehre“ und der Arbeit schön sterben läßt. „Kinder im Alter von 14 bis 18 Jahren dürften etwa die Hälfte der Hörerschaft ausmachen,“ schreibt Wichmann. Nun, Freund Wichmann, wir werden feststellen, daß Sie mindestens ein großer Aufschneider sind.

Auch wir erlauben uns eine Frage aufzuwerfen. Wie ist es möglich, daß solch ein Hühnergehirn an der Volkshochschule über geistige Strömungen spricht?

* **Mißhandlungen von Schülern der Kunstgewerbeschule durch die Prüfungsmeister der Maler-Innung.** In einem Raum der Handwerkerschule in der Gutjahrstraße arbeiten unter Aufsicht eines Lehrers sowohl die Prüflinge für das Malergewerbe, wie auch die Schüler der Kunstgewerbeschule. Als am Montagmittag der Lehrer die Schule gerade während der Mittagspause verlassen hatte, kam der Prüfungsmeister Grobe, Karlstraße 5, in die Klasse, während die Schüler noch arbeiteten, und schrie und tobte in der Klasse herum, daß die Wände zitterten. Niemand wußte, wer dieser Eindringling war. Nachdem er sich ordentlich ausgetobt hatte, verließ er das Zimmer und kam am nächsten Morgen gegen 10 Uhr mit dem Obermeister Biesecker, Kleine Ulrichstraße 17, wieder. Während einer der Prüflinge vor seinem Bilde stand und malte, wurde er plötzlich von Biesecker mit einem Spazierstock in den Rücken gestoßen und von ihm aufgefordert, sich herumzudrehen, geradezustehen und als Lümmel usw. bezeichnet. In demselben Augenblick wurde er auch schon von ihm heftig auf die Hände geschlagen, so daß Pinsel und Platte zur Erde fielen. Außerdem wurde dem Prüfling von Biesecker noch mitgeteilt, daß er ihn bei der Prüfung abfallen lassen werde. Nach dieser „Tat“ gingen diese beiden „Prüfungs“meister weiter, wobei sich ihr Interesse einem Kunstgewerbeschüler (einem 20jährigen jungen Manne, der bereits als Schriftsetzer gelernt hat und auf seine Kosten jetzt die Kunstgewerbeschule besucht) zuwandte. Als dieser nicht gleich auf die Frage antwortete, bei welchem Meister er lerne und auf das weitere Anbrüllen schließlich die Antwort gab, daß ihm das wohl nichts angehe, versetzte er ihm eine schallende Ohrfeige. Diese Mißhandlungen spielten sich in so kurzer Zeit ab, daß der aufsichtführende Lehrer nicht einmal Gelegenheit hatte, einzugreifen. Herr Biesecker war aber damit noch nicht zufriedengestellt, sondern forderte, daß dieser „freche Lümmel“ sofort von der Malschule entfernt werde, worauf ihm erwidert wurde, daß dieser gar nicht auf der Malschule, sondern ein Schüler der Kunstgewerbeschule sei. Solche brutalen Gewaltmenschen sind nun ausersehen, Prüfungsarbeiten zu begutachten. Herr Biesecker ist Vorsitzender der Handelskammer für den Regierungsbezirk Merseburg, Vorsitzender des Innungsausschusses, Obermeister der Maler- und Lackierer-Innung und sogar gerichtlich beeideter Sachverständiger für Maler- und Lackierarbeiten für den Bezirk des Landgerichts Halle. Und dieser Mann will einen Prüfling wegen nicht gerader Haltung, als er mit ihm sprach, bei der Prüfung abfallen lassen . .

* **An die Gewerkschaftsvorstände!** Die Gewerkschaftsvorstände werden durch das Gewerkschaftskartell Halle gebeten, zu der am Mittwoch, dem 1. März, abends 7 Uhr, im „Volkspark“ stattfindenden Versammlung der Jugendlichen einen Vertreter zu entsenden; erwünscht ist auch die Benennung solcher Kollegen, die die Leitung der bestehenden gewerkschaftlichen Jugendabteilungen in Händen haben bzw. eine zu errichtende Jugendabteilung zu leiten bereit wären.

* **Jugendversammlung.** Am Mittwoch, dem 1. März, abends 7 Uhr, findet im „Volkspark“, Burgstraße 27, eine öffentliche Versammlung der jugendlichen Arbeiter, Arbeiterinnen und Lehrlinge statt. Tagesordnung: 1. Die Rechte der jugendlichen Arbeiter. Referent: Gewerkschaftssekretär Alfred Wielepp. 2. Welchen Schutz brauchen die jugendlichen Arbeiter? Referent: Redakteur Karl Garbe. 3. Freie Aussprache. Zahlreiches Erscheinen aller jugendlichen Arbeiter, Arbeiterinnen und Lehrlinge wird erwartet. Erwünscht ist auch die Anwesenheit der Eltern.

* **Verband der Fabrikarbeiter.** Die Betriebsräte und Vertrauensleute der Chemischen Industrie treffen sich am Mittwoch, dem 1. März, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 1a, zu einer wichtigen Besprechung. Dort können auch die neuen Lohntarife in Empfang genommen werden.

* **Schulgelderhebung.** Im Anzeigenteil der vorliegenden Ausgabe veröffentlicht der Magistrat die näheren Bestimmungen über die Erhebung des Schulgeldes für das Schuljahr 1922.

* **Arbeiterbildungsausschuß.** Da jetzt bereits starke Nachfrage nach Eintrittskarten zu der Sonderaufführung der Oper „Mignon“ besteht, ist zu den bisher beabsichtigten zwei Aufführungen dieser Oper noch eine dritte mit der Intendanz des Stadttheaters vereinbart worden. „Mignon“ wird demnach für den Arbeiterbildungsausschuß aufgeführt: am Montag, dem 13. März, Donnerstag, dem 16. März und Mittwoch, dem 22. März. Vorher kommt am Mittwoch, dem 8. März erst nochmals die Oper „La Traviata“ zur Aufführung. Die Eintrittskarten zu allen diesen Opernaufführungen sind von Freitag dieser Woche an im Arbeitersekretariat, Harz 42/44 I, zu haben. Die ermäßigten Preise betragen 15,— Mk. (Reihen im Saal und I. Ring), 12,— Mk. (hintere Reihen im Saal und I. Ring), 8,— Mk. (II. und III. Ring), 3,— Mk. (Oberring). — Die am 20. Februar nicht eingelösten Karten können im Arbeitersekretariat zurückgegeben oder für die Vorstellung am 1. März umgetauscht werden.

* **Bestrafte Wucherer.** Zu diesem Artikel in der Freitagausgabe bittet uns der Obst- und Südfrüchtehändler Eugen Thamm, Große Steinstraße 61, mitzuteilen, daß er mit dem wegen Wucher bestraften Straßenhändler Tamm nicht identisch ist.

Ammendorf

Diskussionsabend. Abends 7 Uhr in Teichmanns Hotel. Vortrag des Genossen Hans Urban (Halle). Alle Funktionäre müssen unbedingt erscheinen.

Der Deutsche Mieterverband, Ortsgruppe Ammendorf, nahm in einer Mitgliederversammlung am Sonnabend Stellung zu der in Merseburg abgehaltenen Konferenz über die Wohnungsnot. Die auf dieser Konferenz gemachten Vorschläge (Erhebung einer sogenannten Kopfsteuer) wurden von den verschiedenen Rednern als völlig undiskutabel abgelehnt. Die Versammlung beschäftigte sich auch mit der Ueberweisung von drei Landjägern nach Ammendorf, für die unter allen Umständen Wohnung geschaffen werden soll. Wie mitgeteilt wurde, sollen sogar Zwangsausquartierungen stattfinden, damit diese Landplage untergebracht werden kann. Eine besondere Rolle bei dieser Wohnungszuweisung scheint der Vorsitzende der Haus- und Grundbesitzer zu spielen. Es ist notwendig, daß alle Mieter diesem Herrn einmal auf die Finger sehen.

Schiepzig—Lieskau—Lettin—Dölau

Kursusteilnehmer. Die Fortsetzung des Dölaukursus findet am Mittwoch, dem 1. März, bei Dierschke statt. Sorgt für weiteren guten Besuch.

Nietleben

Eine gemeinsame Belegschaftsversammlung der Zechen Alt-Zscherben und Neu-Glück fand am Mittwoch im Gasthof „Zur Sonne“ statt. Zwei Kollegen erstatteten Bericht über die Konferenz, die am 19. Februar in Leipzig stattgefunden hat. Sie betonten, daß es Pflicht der Belegschaften sei, sich hinter die Beschlüsse der Konferenz zu stellen. Nach einer regen Aussprache wurde die vom Vorstandstisch vorgeschlagene Resolution abgelehnt, dagegen die aus der Mitte der Versammlung eingegangene angenommen. Sie lautet: „Die heute, am 22. Februar, in Nietleben tagende Versammlung spricht den Verbands-Angestellten und Delegierten von Leipzig ihre Mißbilligung aus, weil sie den Mansfelder Kameraden allein die Durchführung unserer Forderungen überließen. Die Anwesenden fordern von ihrer Gewerkschaft, den Mansfelder Streik mit allen zu Gebote stehenden Mitteln, nötigenfalls durch einen Sympathiestreik der Braunkohlen-Bergleute, zu unterstützen. Ferner erhoffen die Anwesenden von der Verbandsleitung, daß sie sofort Sammellisten zur Unterstützung der Streikenden herausgibt.

Zscherben

Wie die Arbeitslosigkeit gelindert wird! Während des anhaltenden Frostwetters lag das ganze Baugewerbe still. Das kümmerte den Grubeninspektor Spengler von der Grube „Henriette“ in Eisdorf, Eigentum des großen Wentzel in Teutschenthal, nicht. Die Arbeitslosen können nach seiner Meinung verrecken. Trotz des Achtstundentages wird auf dieser Grube bis zu 14 Stunden und auch Sonntags gearbeitet. Was sagen die Gewerkschaften dazu?

T.-V. „Die Naturfreunde“. Heute, Montag, abend 7 Uhr: Singestunde im Stadtheim. — Sonntag: Fahrt nach dem Querfurt-Ziegelrodaer Forst. Anmeldungen bis Freitag im Heim. — Nächsten Montag: Monatsversammlung im „Volkspark“.

Aus der Provinz

Unser Kinderheim in Tscheljabinsk

Als die ersten Nachrichten von der Hungerkatastrophe in Rußland zu uns drangen, da waren viele Arbeiterfamilien bereit, russische Kinder aus dem Hungergebiet aufzunehmen. Dieser hochherzige Plan konnte jedoch durch die sich immer mehr auftürmenden Schwierigkeiten, die die Regierung bereitete, nicht ausgeführt werden. Das Kinderhilfskomitee der „Arbeiterhilfe“ hat im Verein mit holländischen Genossen im Januar in Tscheljabinsk in Samara das „Karl-Liebknecht-Rosa-Luxemburg-Kinderheim“ errichtet, das 200 hungernde Kinder aufnehmen, verpflegen und zu freien, klassenbewußten Kämpfern erziehen soll. Die Einrichtung des Heims ist aus Sammlungen in beiden Ländern geschaffen worden, nun gilt es, für die Verpflegung der Kinder zu sorgen. Die Mittel können nicht auf dem unsicheren Wege der Sammlungen aufgebracht werden, sondern es muß eine sichere Gewähr geboten werden, um die Erhaltung der Kinder im Heim für mindestens ein halbes Jahr im voraus zu sichern.

Für jedes der 200 Kinder soll eine **Patenschaftsgruppe** gegründet werden, um dadurch einen bestimmten Personenkreis für jedes einzelne Kind ideell und materiell zu interessieren. Eine Gruppe umfaßt 10 bis 30 Personen, die gemeinsam pro Monat 300 Mk. (auf 6 Monate) aufzubringen haben. Wie sie die Summe aufbringt, ist der Gruppe selbst überlassen, die Zentrale gibt hierfür Marken zu 10 und 20 Mk. heraus. Die Gruppe selbst wählt sich einen Obmann, der für die Einkassierung und geregelte Abführung des monatlichen Betrages an die Zentrale verantwortlich ist. Jeder Genosse zeichnet sich in die Beitrittserklärung ein und verpflichtet sich, seinen freiwillig gezeichneten Beitrag monatlich auf die Dauer von 6 Monaten pünktlich an den Obmann abzuführen.

Die Ueberführung russischer Kinder nach Deutschland ist unmöglich. Auf diesem Wege können wir einen Teil unserer Schuld, in der wir beim russischen Proletariat stehen, abtragen, auf diesem Wege können wir zeigen, was internationale Solidarität heißt. An unsere Stadtverordneten-, Gemeinde- und Gewerkschaftsfraktionen, Gewerkschaftsleitungen, Ortsverwaltungen, Partei- und Genossenschaftsleitungen ergeht der Aufruf, die Bildung der Patenschaftsgruppen zu übernehmen. Jedem Arbeiter, der mit vollem Herzen bei den hungernden russischen Kindern ist, soll seine Betätigung internationaler Solidarität ermöglicht werden, die Patenschaftsgruppen sollen sich nicht nur auf die Mitglieder der Kommunistischen Partei beschränken. Wie der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale sich am Hilfswerk für Sowjet-Rußland beteiligt hat, so werden sich die Gewerkschaftsmitglieder auch am Karl-Liebknecht-Rosa-Luxemburg-Heim beteiligen, gilt es doch hier den Kindern, unseren Kindern.

Nähere **Auskunft** geben in Halle der Ortsverein, Lerchenfeldstraße 14, in den Unterbezirken die Unterbezirksleiter; dort sind auch Beitrittserklärungen zu haben.

Und nun ans Werk! Es gilt einer großen, schönen Sache. Es gilt der Zukunft der Revolution.

Merseburg

Selbstmord. Am Freitag wurde hinter dem Grundstück des Steinmetzes Grunicke an der Meuschauer Straße eine männliche Leiche aus der Saale gezogen. Die Leiche wies eine große Wunde am Kopfe auf. Wie jetzt festgestellt wurde, ist der Tote der 52jährige Schneidermeister Gustav List aus Großcorbetha. Wie die Untersuchung ergab, handelt es sich um einen einwandfreien Selbstmord. Die Kopfwunde rührt von einem Zusammenstoß mit einer Eisscholle oder Brückenpfeiler her. Die Leiche lag bereits seit Anfang Dezember v. J. im Wasser und war daher schon teilweise stark verwest.

Wieder in Freiheit! Dieser Tage sind zwölf Märzkämpfer aus Delitzsch und Umgebung, die zu längeren Freiheitsstrafen verurteilt worden waren, aus dem Kerker in die deutschrepublikanische Freiheit zurückgekehrt. Wir begrüßen die revolutionären Kämpfer und erwarten, daß sie gemeinsam Schulter an Schulter mit der übrigen Arbeiterschaft den Kampf gegen den Kapitalismus weiterführen werden.

Elsterwerda

Unglücksfall. Aus dem Personenzug, der Sonntag nachmittag in Richtung Falkenberg unseren Bahnhof passierte, ist am Sonntagnachmittag kurz vor Liebenwerda ein junger Mann aus dem Zuge gestürzt. Eine Coupétür, an die er sich anlehnte, ging plötzlich auf und der Mann fiel rücklings heraus, mit dem Hinterkopf auf die Schienen der anderen Richtung. Blutüberströmt wurde der Mann, der aus Fürstenwalde stammt, ins hiesige Krankenhaus gebracht. Der Fall möge allgemein zur Warnung dienen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Richard Schnetter; für Anzeigen Fritz Kroh, Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle Merseburg e. G. m. b. H., Lerchenfeldstraße 14, Abtlg. Verlag Klassenkampf.

Hiermit bestelle ich vom ________ den

Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

mit der täglichen Beilage: „Leben, Wissen, Kunst“, den Beilagen: „Kämpfende Jugend“ und „Die kommunistische Frau“ zum Preise von 14,50 M monatl. bei freier Zustellung ins Haus

Name: ________

Ort: ________ Straße: ________

Diesen Bestellschein bitte im Kuvert als offene Drucksache mit 50 Pf. frankiert an uns gelangen zu lassen: Halle, Verlag Klassenkampf, Lerchenfeldstraße 14. — Alle Abonnements- und Anzeigengelder sind nur auf das Postscheckkonto Leipzig 106848, Fritz Kroh, Halle, einzusenden.

Postbezieher geben die Bestellung sofort bei ihrem zuständigen Postamt auf.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220227-16/fragment/page=0005

Leben • Wissen • Kunst

Jack

89] Pariser Sittenbild von Alphonse Daudet

Was will er noch von ihr? Bisher war ihr das Haus ihres Mannes noch heilig gewesen, und nun? Der Nanteser brauchte ihr nur ein Zeichen zu geben, ein Wort zu schreiben, „ich komme heute abend, laß das Haus offen," um sie zu bestimmen, ihren letzten Zufluchtsort aufzugeben.

Was wollte er noch? Wahrscheinlich verlangte er irgend etwas Furchtbares, was sie nicht geben konnte. Wie hätte sie sonst den leidenschaftlichen Umarmungen, der flehenden Bitte der begehlich glänzenden Augen widerstanden.

Und doch gab sie, die Weiche, Schwache, nicht nach. Sie fand Kraft und Widerwillen genug, auf sein Verlangen zu antworten:

„Nein, nein, nicht das, es ist unmöglich."

„Aber Clarisse, nur auf zwei Tage. Mit den sechstausend Franken bezahle ich die fünftausend, die ich verloren habe, und gewinne mit dem Rest ein Vermögen wieder."

„O nein, ich bitte dich, laß es, wir wollen auf einen anderen Ausweg sinnen."

„Es gibt aber keinen."

„So höre. Ich habe in Chateaubriant eine reiche Freundin, die Tochter des Einnehmers. Ich bin im Kloster mit ihr zusammen gewesen. Ich will an sie schreiben und sie für mich um die sechstausend Franken bitten."

„Unmöglich, ich muß das Geld morgen haben!"

„Nun, so geh zum Direktor, das ist ein edler Mann, der dich gern hat, vielleicht . . ."

„Ach was, der? Der entläßt mich, das wäre der ganze Nutzen."

„Und dabei ist die Sache doch so einfach, in höchstens zwei Tagen bringe ich das Geld wieder."

Als er sah, daß er sie nicht überreden konnte, daß sie sich hinter jenes Stillschweigen verschanzte, welches die Schwachen gegen sich selbst und andere schützt, da entfuhr ihm ein verhängnisvolles Wort:

„Ich hätte dir lieber nichts davon sagen, sondern einfach an den Schrank gehen sollen, um mir zu nehmen, was ich brauche."

„Aber Unglücklicher," murmelte sie zitternd, denn sie fürchtete, er könne seine Worte wahr machen, „weißt du denn nicht, daß Zenaide ihr Geld alle Tage ansieht und immer wieder zählt? Heute abend noch zeigte sie dem Lehrling den Kasten."

Der Nanteser erbebte:

„Wirklich?"

„Gewiß, das gute Mädchen ist so glücklich, es würde sie töten und dann steckt der Schlüssel auch nicht im Schrank."

„Was soll aus mir werden," so wiederholte der Elende beständig! Wenn er die Spielschuld nicht bezahlte, war er entehrt. Er weinte wie ein Kind, warf sich vor Clarisse auf die Knie, nannte sie seine kleine Tante, und die arme Frau weinte mit ihm, ohne aber seinen Bitten nachzugeben. Da erhob er sich plötzlich:

„Du willst nicht? Nun gut, so weiß ich, was ich zu tun habe. Adieu Clarisse, ich werde meine Schande nicht überleben."

Er erwartete einen Schrei, ein Auffahren . . .

Nichts dergleichen! Sie erwiderte ruhig:

„Du willst sterben? Nun wohl, ich auch. Ich bin dieses Lebens voll Verbrechen und Lüge überdrüssig, komm."

Er hielt sie zurück.

„Wie, du wolltest wirklich? . . : Torheit, sollte man es glauben?"

Aber er war mit seinen Gründen zu Ende. Ein wütender Zorn übermannte ihn.

„Nein, das ist gar zu einfältig," sagte er und stürzte nach der Treppe.

Aber Clarisse überholte ihn und stellte sich auf die unterste Stufe.

„Was willst du?"

„Laß mich, es muß sein!"

„Hüte dich, wenn du dich rührst, schreie ich um Hilfe."

„Schreie nur, damit jeder weiß, daß du deinen Neffen zum Liebhaber hast und daß dieser Liebhaber ein Dieb ist."

In dem roten Licht des ersterbenden Feuers erschien er ihr plötzlich in seiner wahren Gestalt; sie sah das von Leidenschaften verzerrte, ehrgeizige Gesicht, sie dachte daran, was sie für diesen Mann geopfert hatte, und ein tiefer Ekel vor sich selbst und vor ihm überkam sie und zugleich verließen sie ihre Kräfte. Und während der Verbrecher die Treppe hinaufstieg und auf den Zehen durch das alte Haus schlich, dessen Winkel er alle kannte, sank sie auf das Sofa und drückte das Gesicht in die Kissen, um ihr Schluchzen zu ersticken und nichts hören und sehen zu müssen.

Sechzehntes Kapitel.

Der Rausch.

Es war noch nicht sechs Uhr morgens. In den Straßen von Indrent war es noch Nacht. Hier und da flimmerte ein trübes Licht aus den Bäckerläden und Weinschenken. In einer dieser Wirtsstuben saßen neben dem bullernden Ofen Roudics Neffe und unser Lehrling trinkend und plaudernd.

„Na, Jack, noch einen!"

„Nein, danke, Herr Charlott, ich trinke für gewöhnlich nicht, ich fürchte, es könnte mir schaden."

Der Nanteser lachte.

„Nanu! Ein Pariser? Du spaßest. He Stift, zwei Gläser weißen, aber rasch."

Der Lehrling wagte nicht zu widersprechen. Die Aufmerksamkeit, welche ihm dieser stattliche Mann erwies, schmeichelte ihn ungeheuer. Der stolze, hochmütige Zeichner, der ihn in anderthalb Jahren kaum dreimal angeredet hatte, tat ihm, als er ihm heute morgen zufällig begegnete, die Ehre an, ihn ins Wirtshaus mitzunehmen und ihn mit dreierlei verschiedenfarbigen Schnäpsen zu bewirten. Das war so ungewöhnlich, daß Jack anfangs Mißtrauen hegte. Der andere sah so sonderbar aus und fragte ihn so eindringlich: „Was gibt es Neues?", daß der Lehrling bei sich dachte: „Du glaubst wohl, ich werde wie Belisar Bestellungen für dich übernehmen?" Aber dieser unangenehme Eindruck verschwand bald, und nach dem dritten Glase bot Jack in einer Aufwallung seines Herzens dem Nanteser seine Freundschaft an und glaubte, als dieser angenommen hatte, ihm einige Ratschläge geben zu können.

„Darf ich Euch etwas sagen, Charlott? Tut mir den Gefallen und spielt nicht mehr."

Der Hieb saß, denn der Nanteser zuckte zusammen.

„Und dann möchte ich Euch noch eins sagen . . ."

Glücklicherweise unterbrach ihn hier die Stimme des Schenkwirts, denn sonst hätte der Nanteser Mühe gehabt, seine Aufregung zu verbergen.

„Holla, Ihr Burschen, die Glocke!"

„Vorwärts," sagte Jack, „wir müssen gehen."

Und da sein Freund die ersten beiden Gläser bezahlt hatte, bestand er darauf, das dritte zu berichtigen, zog stolz einen Louis aus der Tasche und warf ihn auf den Zahltisch.

„Donnerwetter, ein Goldfuchs," bemerkte der Kaufmann, welcher solche Münze bei einem Lehrling nicht gewöhnt war. Der Nanteser zitterte, sollte der auch schon an dem Schrank gewesen sein?

„Hier sind noch mehr," triumphierte Jack, auf seine Tasche klopfend, „damit will ich ein Geschenk für Zenaide kaufen."

Unterdessen drehte der Wirt das Goldstück unruhig hin und her.

„Beeilt Euch doch," rief Jack, „sonst verpasse ich noch die Fahne."

Endlich war gewechselt und die beiden schritten Arm in Arm davon.

„Schade, alter Jack, daß du fort mußt; das Dampfschiff nach St. Nazaire kommt erst in einer Stunde, ich wäre gern noch mit dir zusammen."

Damit zog er den Lehrling langsam nach der Uferseite. Dieser ließ alles mit sich geschehen, schwankte wie betäubt und mußte sich auf seinen neuen Freund stützen, um nicht umzufallen; es schien ihm, als habe ihm jemand einen heftigen Schlag auf den Kopf versetzt; doch das dauerte nur wenige Minuten.

„Halt," sagte er, ich glaube man hört die Glocken nicht mehr."

Sie wandten sich um. Ein fahles Dämmerlicht erhellte den Himmel über dem Hüttenwerk. Die Fahne war verschwunden, Jack erschrak. Der Nanteser noch mehr:

„Das ist meine Schuld," rief er. Er wollte zum Direktor gehen, ihn um Entschuldigung bitten, so daß ihn Jack beruhigen mußte.

(Fortsetzung folgt.)

Weltbefreiung

Von Ludwig Pfau

Mut! Menschengeist! Dein Werk muß dir gelingen!
Den Strom betrachte, der dem Berg entsprossen;
Wie klein und zaghaft hat er sich ergossen!
Die Erde, meint man, sollte ihn verschlingen.

Doch wie er fließt, da kommen ihm mit Klingen
Viel junge Bruderquellen nachgeschossen;
Er wächst, im Arm die schwellenden Genossen,
Und stolz entfaltet er die feuchten Schwingen.

So der Gedanke: ist er erst verkündet,
Wälzt er sich fort im eigenen Gewichte,
Und tausend Kräfte sind ihm bald verbündet.

Er gräbt sein Bett und macht den Damm zunichte,
Er braust und strebt, bis er, ein Gott, sich mündet
Mit Jubelschall ins Meer der Weltgeschichte.

Kino und Kommunismus

Wir alle wissen zur Genüge, daß das Filmkapital und die Kinobesitzer mit ihren Darbietungen im allgemeinen ganz andere Zwecke verfolgen, als für die proletarische Revolution und den Kommunismus Propaganda zu machen. Im kapitalistischen Staat dient der Kino, ebenso wie Schule, Kirche und Presse, als Mittel zur Verschleierung der Klassengegensätze — die Bourgeoisie bedient sich seiner zur Irreführung und Betäubung des Proletariats. Das hat sich in allen Ländern am besten während des imperialistischen Weltkrieges gezeigt. Aber auch heute noch bedient sich die Reaktion mit Vorliebe des Films in ihrer antibolschewistischen Propaganda. So haben zum Beispiel die Pariser Kinobesitzer kürzlich einen Film herausgebracht, der unter dem sensationellen Titel „Das Rote Deutschland" alles überbot, was bisher an Kriegsgreueln und Verwüstungen gezeigt worden ist. Um dem Ganzen den Anschein der Echtheit zu geben, hatte man auf raffinierte Weise authentische Aufnahmen des 3. Weltkongresses damit verquickt. Den französischen Delegierten aber, die kurz vorher aus Rußland zurückgekehrt waren, war es natürlich ein leichtes, den Schwindel zu entlarven und (zur Nachahmung empfohlen) unsere Pariser Genossen sorgten durch wuchtige Gegendemonstrationen dafür, daß der verleumderische Film vom Programm der Boulevard-Kientops schleunigst wieder verschwand — ein weiteres Beispiel internationaler Klassensolidarität!

Der Zweck des Kinos ist eben hier wie dort, neben der Erzielung eines möglichst großen Profits, die Beeinflussung der breiten Volksmassen im kapitalistischen, staatserhaltenden Sinne. Sollte aber einmal im Einzelfall die Profitgier der Herren Kinounternehmer größer sein, als die Besorgnis um Erhaltung ihrer Klassenvorrechte, so tut die staatliche Filmzensurstelle das übrige, um zu verhüten, daß die „gottgewollte" bürgerliche Gesellschaftsordnung den Massen der Lohnsklaven gar zu anschaulich zum Bewußtsein gebracht wird. Man denke nur, was geschehen könnte, wenn das „gemeine Volk" aus der Erkenntnis seiner Lage die notwendigen Konsequenzen zöge, und endlich entschlossen zur Tat überginge! Es ist deshalb höchst selten, daß ein wirklicher Aufklärungsfilm über die flimmernde Leinwand der großstädtischen Proletentheater rollt. Aber selbst dann ist dafür gesorgt, daß der unmittelbare, revolutionierende Eindruck, den ein solcher Film auf den unbefangenen Kinobesucher machen muß, verwischt wird durch eine sentimentale, harmonieduselige Deutung im vorgedruckten Programm. Also: Bevormundung und Unfreiheit auch auf dem Gebiet des Kunstempfindens.

Wie ängstlich von diesen Herrschaften, die vorgeben, dem Volk Kunst und Bildung zu vermitteln, darüber gewacht wird, daß ja die Wahrheit über die kapitalistische Gesellschaftsordnung nicht ins Volk dringt, beweist folgende kleine Begebenheit:

Vor einiger Zeit hatte ich nach Beendigung meiner Tagesarbeit das Bedürfnis, etwas Zerstreuung zu suchen. Ich begab mich denn, meine Groschen zählend, in einem Kientop in der Friedrichstraße, wo gerade ein Filmschauspiel mit dem vielsagenden Titel: „Menschen!" gegeben wurde. Das ganze Stück schien mir von Anfang bis zu Ende als eine einzige, erschütternde Anklage der mammonistischen Lebensauffassung des satten, kulturfeindlichen Bürgertums, das sich bekanntlich nie ein Gewissen daraus macht, rücksichtslos über Menschenglück und Menschenleben hinwegzuschreiten, wenn es eilt, den eigenen Wohlstand und Besitz zu mehren. Nach Schluß der Vorstellung frug mich mein Stuhlnachbar, was ich eigentlich von dem Stück halte. Da mir die Gelegenheit für ein bißchen Agitation günstig schien, erklärte ich, mit einer Stimme, die im ganzen Zuschauerraum deutlich gehört wurde: „Ja, dieser Film ist das beste Argument für den Kommunismus!" Hoffentlich begreift jeder den tieferen Sinn der Handlung." Mit dieser freien Meinungsäußerung kam ich aber schön an! Der Sohn des Kinobesitzers, ein Student, hatte sofort begriffen, welche Wirkung meine Worte auf „sein" Publikum ausgeübt hatten. In Begleitung von zwei Gleichgesinnten kam er auf mich zugestürzt. „Wie kommen Sie dazu, hier eine politische Rede zu halten?! Das ist Hausfriedensbruch! Verlassen Sie sofort das Lokal!" Es entspann sich dann in der Vorhalle eine ziemlich lebhafte Diskussion über das Recht der freien Meinungsäußerung, die meinerseits durch Hinweis auf meine Vorliebe für den Boxkampf bekräftigt wurde. Schließlich trat der Herr Papa (etwas klüger als sein engstirniger Sprößling) dazwischen, um die aufgeregten Gemüter zu beschwichtigen. Er mochte wohl ahnen, daß diese Art von Reklame wohl kaum die richtige war.

Dieser Vorfall beweist aufs neue, wie notwendig und nützlich es ist, wenn wir jederzeit und überall den kommunistischen Standpunkt verfechten.

J. B., Cannstatt.

Mittenwald und sein Geigenbau

Von B. Hansen

Wir entnehmen diesen Aufsatz dem Januarheft der Zeitschrift „Welt und Wissen" und empfehlen unsern Lesern den Bezug derselben. Sie eignet sich gut zur Ergänzung des lückenhaften Schulwissens auf manchem praktischen Gebiet. Besonders für Kinder hat sie viele Vorzüge und bietet guten Lesestoff über Erdgeschichtliches, Fortschritte der Technik, Gesundheitspflege, Landwirtschaft und Rechtsstreitigkeiten. Alle Eltern wissen, daß die Schul-Lehrbücher mit der Zeit nicht Schritt gehalten haben. Sie sollten darum jede Möglichkeit zur geistigen Förderung ihrer Kinder ausnutzen. Der geringe Preis der vorzüglich illustrierten Monatszeitschrift (3 Mk. pro Heft im Einzelbezug und im Abonnement) ermöglichen jedem Arbeiter den Bezug. Die Zeitschrift erscheint im Verlag Peter J. Oestergaard) Berlin-Schöneberg. Bestellungen nehmen unsere Buchhandlungen entgegen. D. Red.

Unweit der Quelle der Isar und hart an der gewaltigen, fast 2400 Meter hohen Karwendelwald liegt malerisch in einer freundlichen Weitung des Tales, das im Westen von den himmelragenden schroffen Felskegeln des Wettersteins begrenzt ist, der oberbayrische Marktflecken und Luftkurort Mittenwald. Im Süden führt der Scharnitzerpaß nach Tirol. Dem Bergführer und Kletterer bieten sich da lohnende Aufgaben. Oft genug zwar muß der Weg zur sonnigen Höhe, der über grüne Matten und durch schweigende Wälder, an tiefdunklen Seen vorbei und über hartes Granitgestein führt, unter Aufbietung aller Kräfte und mit Einsatz voller Geistesgegenwart erobert werden, aber wer ihn zurückgelegt hat, der wird für die Mühseligkeiten, die er bestanden hat, in hohem Maße durch die Großartigkeit einer wilden Majestät der Gebirgslandschaft entschädigt. Das Geschick der Mittenwalder steht unter einem günstigen Stern, es hat sich seinen besonderen Charakter bewahrt, der ihn von jedem anderen Hochgebirgsdorf unterscheidet, denn auf derselben Straße, auf der die stolzen Handelsherren Venedigs von der letzten Messe in Mittenwald hergezogen waren, wanderte einige Zeit später — im Jahre 1684 wars — ein frohgestimmter Mann seinem Heimatsorte zu, dem gar so viele stolze Pläne, seinem Mittenwald eine neue Bedeutung zu geben, das Herz schwellen machten. Der Handel war Mittenwald durch die anders gearteten Verhältnisse entzogen worden, ein schönes Kunstgewerbe sollte es nun zu neuer Blüte entgegenführen. Matthias Klotz — er war der „frohgestimmte" Wandersmann — ist der Begründer dessen gewesen, was seinen Heimatsort im Laufe der Zeiten so berühmt gemacht hat, der Begründer der Mittenwalder Geigenbaukunst. Er war der erste Geigenbauer von Mittenwald und hat schon zu seinen Lebzeiten dort dieses Kunstgewerbe zu hohem Ansehen gebracht, nachdem er lange Jahre hindurch in Italien von ehrwürdigen Meistern, so von Amati, gelernt hatte, wie man gute Geigen baut. Innerhalb eines Menschenalters ward aus dem alten oberbayrischen Marktflecken ein „deutsches Cremona", als das es noch heute blüht.

Ein großer Teil der Bewohner Mittenwalds stellt seit jener Zeit seine Kräfte in den Dienst des Musikinstrumentenbaues: die einen ununterbrochen jahraus, jahrein, zahlreiche andere nur während des Winters, da sie im Sommer bäuerlicher Arbeit nachgehen und oft monatelang mit der Mahd der ausgedehnten Gemeindewiesen auf den Alpenhöhen beschäftigt sind. Die Geigenmacherindustrie Mittenwalds wird heute in Fabriken und daheim betrieben: sie versorgt die Welt mit Geigen und Bratschen, mit Celli und Kontrabässen, damit die Menschheit nicht notleide, wenn sie zur Erbauung oder zur Freude Musik bedarf. Was in solch einem Geigenbauerhaus nicht alles zu sehen ist: Geigen in allen Größen und Farbenschattierungen, fertige und im Bau begriffene Baßgeigen, Lauten, Gitarren an der Decke, an den Wänden: Hobel, Feilen, Schnitzmesser, Sägen, Holzstapel, alles in buntem Durcheinander, und dennoch alles wohl geordnet. Und mitten drin der Geigenbauer, der da geschäftig schaltet und waltet.

Das Holz wächst den Mittenwalder Geigenbauern sozusagen in die Tür hinein, sie schneiden und biegen und leimen es sorgsam und überziehen das Gehäuse mit feinem Lack, auf daß es gut klinge und sein Ton den Hörern eine Freude sei. Boden und Deckel werden unter Verwendung von Blechschablonen gesägt und geschnitzt. Die Seitenwände, Zargen genannt, mit heißem Eisen in die bekannte 8-Form gebogen. Das Lackieren und Polieren der Instrumente ist die Hauptarbeit. Ein Mittenwalder Geigenbauer hat in dieser Hinsicht einmal folgendes gesagt: „Wers Lackieren und Polieren nit versteht, der soll wegbleiben vom Geigenbau. Grad eine gute Politur gibt der Geig den schönen Klang. Wir all' polieren nach uraltem Rezept von den italienischen Geigenmachern, wie dem Amati, dem Stradivari und anderen Meistern der Geigenbaukunst Italiens. Darum können wir unsere Geigen nit so billig herstellen wie die Fabrikanten." In den Fabriken ist ja gewiß den Heimgeigenmachern eine harte Konkurrenz erwachsen, aber auch heute noch nährt der Heiminstrumentenbau seinen Mann.

Seitdem der Geist des Industrialismus auch in die Entlegenheit des Karwendeltales seinen Weg gefunden hat, hat er es auch auf diesem Gebiete an nivellierender Wirkung nicht fehlen lassen; indessen gibt es in Mittenwald neben den vielen Arbeitern, die rein handwerksmäßig nur bestimmte Teile der Musikinstrumente anfertigen, auch noch selbständige Meister der Geigenmacherkunst. Und als um die Mitte des verwichenen Jahrhunderts die handwerksmäßige Verflachung des Geigenbaues verhängnisvoll hervortrat, beeilte sich die bayrische Regierung, in Mittenwald eine Geigenmacherschule zu schaffen, damit das heranwachsende Geschlecht Theorie und Praxis des Geigenbaues von Grund aus erlernte, und an die Spitze berief sie den Mittenwalder Johann Reiter, der damals noch Werkführer bei dem berühmten Instrumentenmacher Johann Vauchel in Würzburg war.

Auch heute noch wie einst geht von dem oberbayrischen Gebirgsdorfe ein lebhafter Handel aus, und wer schöne Musik hört, der möge sich auch der Geigenmacher von Mittenwald erinnern.

Der neue Mieter

(Eine Leipziger Begebenheit.)

Frau Lehmann: Der neie Zimmerhärre von der Gunzen scheind wärglich ä sähr solihder Gärl zu sin.

Frau Seifert: Meense?

Frau Lehmann: Ganz beschdimmd! Der gehd jeden Ahmd um zähne in de Glabbe und Sonndachs bleibd 'r hibsch derheeme und schdudierd alde Schwarden.

Frau Seifert: Das gann schon sin. Awer de Gunzen hadd mich gädern bei Gaffee-Beetschen bersehnlich iewer den uffgeglärd.

Frau Lehmann: Was Se nich sahchen! Was is'n mit dem los?

Frau Seifert: Das is ä Gommunisde.

Frau Lehmann: Nich meechlich! Der machd doch ä ganz anschdändchen Eindrugg!

Frau Seifert: Das ist alles bloß eißerlich. Neilich war der Bardeigassierer ohm. De Gunzen dachde, se riebrd der Schlabch!

Frau Lehmann: Nee, wie mer sich bloß in ä Menschen deischen gann! (Kopfschüttelnd ab in Schusters Warenhaus.)

(„Sächsische Arbeiter-Zeitung.")

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220227-16/fragment/page=0006
DFG